

# Metallarbeiter-Zeitung

## Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.  
Zugpreis vierteljährlich 5 Mark.  
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Für den Inhalt verantwortlich: Paul Hfermann  
Schriftleitung und Versandstelle: Stuttgart, Hötterstraße 16 b II.  
Fernsprecher: Nr. 8800. — Postschekkonto Stuttgart 6803.

Anzeigengebühr  
für die sechspaltige Kolonelle 5 Mark.  
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

### Die Sanktionen

Wieder sind kriegsmarschmäßig ausgerüstete Heereskörper in Marsch gesetzt worden. Durch den Abbruch der Londoner Verhandlungen wurden Düsseldorf und Duisburg-Ruhrort von den Truppen der Entente besetzt. Kriegsgott Mars ist also nicht tot, sondern er veranstaltet immer aufs neue glänzende Triumphe. Die große weltpolitische Tragödie ist wieder in ein neues Stadium getreten.

Aber die Schuld des plötzlichen Abbruchs der Verhandlungen sind die Meinungen geteilt. Die Verhandlungsmethode des deutschen Außenministers wird in ausreichendem Maße kritisiert. Es soll hier nicht untersucht werden, inwieweit die Kritik berechtigt ist. Wohl scheint festzustehen, daß das gute Kenommes Simons, das er sich in Spa erworben hatte, durch sein Auftreten in London eine merkwürdige Verblüffung erfahren hat. Jedenfalls ist er den gegnerischen Staatsmännern, vor allem Lloyd George, keineswegs gewachsen. Die eigentliche aller Fragen: die Schuld am Kriege, hat wiederum eine sehr große Rolle in London gespielt. Hier scheint es, als habe sich Simons von einem Berater, die zu 99 Prozent Anhänger der wilhelminischen Kriegspolitik sind, allzusehr ins Schlepptau nehmen lassen. Es ist nun einmal nicht zu bestreiten, daß die Regierung Wilhelms nichts zur Herbeiführung einer internationalen Verständigung getan hat und durch das Gehen- und Geschehenlassen der österreichisch-serbischen Frage im Juni und Juli 1914 ein gerütteltes Maß Schuld am Kriege hat. Anstatt den österreichischen Forderungen gegen Serbien ausdrücklich entgegenzutreten, selbst dann noch, als das Gepenst eines Weltkrieges am Horizont sichtbar wurde. Wenn Lloyd George im Oktober 1914 schrieb: Der preussische Künler ist der Straßensprecher Europas, so hatte er damit nicht Unrecht.

Psychologisch am meisten ins Gewicht fallend bei den Londoner Verhandlungen war die Tatsache, daß Simons dort nicht an den Verhandlungstisch als Vertreter eines neuen Deutschland treten konnte. Gerade die letzten Vorkommnisse hierzulande haben mit aller Deutlichkeit die Weltöffentlichkeit vor die Augen geführt, daß das Regime des Herrschers in Deutschland sich nicht von den reaktionären Umwälzungen und Arrangements des Kapp-Putschs erheben konnte, sondern die größten Freiheiten. Noch kein Kriegsverbrecher ist abgeurteilt worden. Nach wie vor feiert der Ordege-Standal die größten Triumphe. Namen wie Tirpitz, Ludendorff, Hindenburg u. a., die wir aus dem deutschen Geschichtsbuch möglichst auszurotten und vernichten sollten, werden den neuen Handelschiffen beigelegt, und dann gehen solche Stapelläuse unter großem Pomp von dannen. Wenn die Arbeiter sich dagegen wehren, an den äußeren außenpolitisch ungeheuer wirkenden Provokationen beteiligt zu sein, werden sie brutal aufs Pfahle gesetzt. Man ist dabei, das ganze öffentliche Leben militärisch und imperialistisch zu durchschauern. Mit besonderer Freude haben wir den Geist der nationalen Wiedergeburt wahrgenommen, der triumphiert U-Boot-Baumeister in der „Bergisch-Märkischen Zeitung“. Wahrlich das Mißtrauen der Entendiplomaten ist greiflich.

Das finanzielle Elend Deutschlands ist von Simons in grellen Farben in London gezeichnet worden. Konnte er damit überzeugend wirken? Die „Times“ setzt in einem Artikel vom 21. Februar 1921 auseinander, daß ein Land, in welchem Großindustrie wie Stinnes sich archaisierten, durch Aufkaufen großer Industriewerke in Italien, Schweden, Österreich, Polen und Rußland die ökonomische Herrschaft über ganz Europa zu gewinnen, nicht als zahlungsunfähig bezeichnet werden könne. Diese schrecklichen Tatsachen können durch keine Statistik und keine schönen Reden aus der Welt geschafft werden. „Die Schuld an den übertriebenen Forderungen der Entente“, heißt es im Handelsteil der Nr. 91 der „Bergisch-Märkischen Ztg.“ trägt zu nicht geringem Teil die sozialdemokratische deutsche Arbeiterpresse, die sich nicht genug tun kann, die

angeblich zu hohen Gewinne und Dividenden und die zu niedrigen Löhne breitzutreten.“ Als wenn die englischen und französischen Finanzleute es notwendig hätten, ihr Material aus der Arbeiterpresse zu holen, wo die Spägen diese Dinge laut und deutlich von allen Dächern pfeifen. Es ist ja sehr leicht, die Schuld auf andere abzuwälzen, doch wird dieselbe auf den bürgerlichen Parteien hängen bleiben. Sie sind es, die jede durchgreifende Steuerreform verhindert haben.

Die wirtschaftlichen Folgen der Neubefehung solcher wichtiger Industrienotenspunkte sind ungeheuer. Die deutsche Wirtschaft beruht auf der rheinisch-westfälischen Industrie, sie wird in ihrer Funktion in Frage gestellt, wenn wichtige Sektoren aus diesem Industriegebiet hinweggerissen werden. Aber die Wirkung der in Aussicht genommenen Ausfuhrabgabe haben wir uns in früheren Nummern der Metallarbeiter-Zeitung ausgelassen. Von einer neuemwerteten Ausfuhr wird ja überhaupt nicht mehr zu reden sein, wenn die ausländischen Käufer 50 Prozent der Kaufsumme an die Allierten abführen sollen.

Die in Aussicht genommene Zollgrenze am Rhein ist in ihrer Wirkung nicht minder katastrophal. Die Gebiete links und rechts des Rheins sind wirtschaftlich so eng verbunden, im Handel und Wandel so sehr aufeinander angewiesen, daß die Folgen einer längeren Trennung noch unabsehbar sind. Das Deutschland verbleibende Zollgebiet stellt infolge dieser neuesten Amputation nur noch einen wirtschaftlich notdürftig dahingeetzerten Rumpf dar. Wenn nun auch Oberschlesien noch verloren ginge, dann befindet sich der verbleibende Rest von Deutschland auf der Stufe des heutigen Deutsch-Osterreich: ein durch Hunger gequältes und auf internationale Hilfe angewiesenes Land. Es ist unverständlich, wie dann noch von einer Reparationsforderung gesprochen werden kann. Da sich wirtschaftliche Notwendigkeiten nicht in das Prokrustesbett diktatorischer Machtprüche pressen lassen, so geben wir die Hoffnung nicht auf, daß die in Angriff genommenen Sanktionen bald wieder rückgängig gemacht werden.

Es bliebe noch zu untersuchen, ob internationale Aktionen des sozialistischen Proletariats in der Richtung der Forderung liegen. Die kommunistische Presse glaubt die Forderung gefunden zu haben durch immerwährende Wiederholung der Parole: Bündnis mit Sowjetrußland! Leider ist mit dieser Parole nicht das geringste anzufangen. Ganz abgesehen davon, daß Rußland genug mit sich zu tun hat, ist es, wie die Dinge nun einmal liegen, gegenwärtig unmöglich, eine Abereinunft mit Rußland herzustellen, zumal auch der polnische Imperialismus mit bewaffneter Macht wie Hannibal vor den Toren Ostdeutschlands steht. Die bolschewistischen Diktatoren Rußlands haben durch die Gründung ihrer sogenannten Dritten Internationale und durch ihre mit Absicht betriebenen Spaltungen in allen Ländern nicht in geringem Maße zu der heutigen Ohnmacht des europäischen Proletariats beigetragen. Doch noch bleibt der Weg, den die Wiener sozialistische Konferenz in Aussicht genommen hat, eine Konferenz des deutschen, französischen und englischen Proletariats, die sich mit der Reparationsfrage und ihren Auswirkungen zu befassen hätte. Sie kann fruchtbringend wirken. Ihre Einberufung müßte mit äußerster Eile betrieben werden. Zu erwägen wäre hierbei noch, ob es sich nicht empfiehlt, in diesem historischen Augenblick den Burgfrieden unter den sozialistischen Parteien herzustellen und alle sozialistischen Parteien und Gewerkschaften zu dieser Konferenz zuzulassen, soweit sie mit den Methoden einer solchen Zusammenkunft einverstanden sind und dort nicht zu erscheinen beabsichtigen, eine unfruchtbare Diskussion herbeizuführen.

Wäre eine Konferenz des Proletariats Englands, Frankreichs, Italiens und Deutschlands bald zur Wirklichkeit werden, damit von der hohen Warte sozialistischer Führer-Verständigung den schwächenden Völkern Europas ein Weg aus dem imperialistischen Labyrinth gewiesen werden kann.

### Was wird aus den Bezirkswirtschaftsräten?

Richard Seidel, Berlin.  
Von der deutschen Reichsverfassung geht die Sage, daß im Schoße dieses politischen Grundgesetzes der Republik ein Kätesystem verborgen liege. Dieser üblen Nachrede des würdigen Volkes wird man zustimmen oder nicht, je nach den Vorstellungen, die man mit dem Begriff Kätesystem verbindet. Denken wir an die Forderungen, die das revolutionäre sozialistische Proletariat an ein Kätesystem für wirtschaftliche Zwecke stellt — nur um ein solches handelt es sich hier — erinnern wir uns, daß wir in dem Kätesystem den Organismus zur planmäßigen Gestaltung der Wirtschaft im sozialistischen Sinne und zur Begerrichtung dieser Wirtschaft durch die Beauftragten der Arbeiterklasse sehen, so werden wir allerdings finden, daß alles, was bisher auf Grund der Verfassung an Käten und Käteorganen geschaffen worden ist, diesem revolutionären Sinn des Kätesystems recht wenig entspricht. Wir brauchen uns nur zu vergegenwärtigen, daß der vorläufige Reichswirtschaftsrat, von dessen dunkler Existenz und seltsamem Treiben gelegentlich einiges in die Öffentlichkeit dringt, ein Teil jenes verfassungsmäßigen Kätesystems ist. Immerhin, wenn die Verfassung auch nicht ein Kätesystem begründet, so doch ein System von Käten. Der Artikel 165 der Verfassung enthält die Bestimmungen, nach denen es zu bilden ist. Es heißt da im zweiten Absatz:  
„Die Arbeiter und Angestellten erhalten zur Wahrnehmung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Interessen gesetzliche Vertretungen in Betriebsarbeiterräten, sowie in nach Wirtschaftszweigen gegliederten Bezirkswirtschaftsräten und in einem Reichsarbeiterrat.“

Betriebs- und Bezirkswirtschaftsräte und Reichsarbeiterrat werden hier in einem Zusammenhange genannt, der nur dann einen Sinn bekommt, wenn man annimmt, daß die drei Formen der Arbeitervertretungen drei Stufen eines organischen Aufbaues, eines Systems sein sollen. Territorial oder, wie es oben heißt, nach Wirtschaftszweigen gegliederte Bezirkswirtschaftsräte werden auch nur dann ihren Zweck erfüllen, wenn sie in inniger Verbindung stehen mit jenen Stätten, an denen die Wirtschaft Praxis wird und Leben bekommt, den Betrieben. Der Zweck der genannten Organe aber ist mit unverkennbarer Deutlichkeit in der Verfassung gekennzeichnet. Im ersten Absatz des Artikels 165 wird gesagt, die Arbeiter und Angestellten seien „berufen, gleichberechtigt mit den Unternehmern an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mitzuwirken“. Ein Organ, in unserem Falle der Bezirkswirtschaftsrat, das durch sein Wirken in solcher Weise die Entwicklung der produktiven Kräfte befördern soll, kann nicht weilt fern über den Dingen schweben, sondern muß wurzeln in den produktiven Kräften selbst, die sich nur in den Betrieben auswirken. Ebenso ist ein Reichsarbeiterrat ein hilfloses Gebilde, wenn er ohne Fühlung mit den Bezirkswirtschaftsräten durch die Wolken wandelt.  
Diese innige Verbindung aber, auf die es hier ankommt, kann nicht durch eine gelegentliche Vernehmung von Sachverständigen oder ähnliche kleine Mittel hergestellt werden. Sie wird nur herbeigeführt werden können durch ein Wahlsystem, nach dem die Bezirkswirtschaftsräte aus der Masse der Betriebsarbeiterräte des Wirtschaftszweiges hervorgehen, und auch der Reichsarbeiterrat muß gebildet werden aus Delegierten der Bezirkswirtschaftsräte. Vielleicht empfiehlt sich eine Ergänzung

durch eine zweite, aus allgemeinen Wahlen im Kreise der Betriebsräte des ganzen Reiches hervorgehende Gruppe, damit partikularistischen Neigungen der Bezirksbelegierten, die nicht unmöglich sind, ein Gegengewicht geboten werde. Uns scheint, daß es den klugen Leuten, die mit dem Werkzeug demokratischer Wahlsysteme so trefflich zu hantieren wissen, gar nicht schwer fallen kann, ein solches Wahlsystem zu finden. Nur so kann es vermieden werden, daß aus Betriebs- und Bezirkswirtschaftsräten und Reichsarbeiterrat ein unfruchtbares Nebeneinander entsteht, das nie zu einem System zwecks planmäßiger Förderung der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte ver wachsen wird. Überdies: wie sollen die Betriebsarbeiterräte an einer solchen Arbeit im Interesse der Gesamtwirtschaft nutzbringend beteiligt werden, wenn sie in ihrer, die Gefahr eines kleinlichen Betriebsegoismus schaffenden Betriebsföhrtheit verbleiben, wenn nicht starke Fäden sie verknüpfen mit den oberen Stufen einer systematischen Ordnung, die ein Gesamtinteresse repräsentieren? Diese Fäden aber können nicht geknüpft werden, indem etwa diese oberen Stufen ohne Beteiligung der mitten im lebendigen Strom des wirtschaftlichen Lebens wirkenden Betriebsräte entstehen, um diesen sodann als vorgelegte Behörden oder wohlwollend prllende Beschwerdestellen gegenüberzutreten. Solche, den Methoden der herkömmlichen Verwaltungsbureauftraite entnommenen Formen würden, auf das wirtschaftliche Leben angewandt, zu keinem Ergebnis führen. Nur ein Aufbau, bei dem sich die oberen Stufen ergänzen aus dem Fonds der unteren, bildet die Gewähr, daß ein Organismus entsteht, der erfüllt ist vom auf- und niederflutenden Leben gegenseitiger Anregung und Förderung. Nur so kann ein Ausgleich entstehen zwischen Betriebs-, Bezirks- und wirtschaftlichen Gesamtinteressen. Es gibt eine innere Gesetzmäßigkeit der Dinge, die nicht ungestraft außer acht gelassen wird.

Haben wir das erkannt, dann ergibt sich die Bildung der Körperschaften, die in dem nach der Verfassung zu bildenden System von Käten die entscheidende Rolle spielen, der Bezirkswirtschaftsräte und des Reichswirtschaftsrates von selbst. Denn nun heißt es ganz klar in der Verfassung:

„Die Bezirkswirtschaftsräte und der Reichsarbeiterrat treten zur Wahrnehmung der Aufgaben der Unternehmern und sonst beteiligter Volkskreise zu Wirtschaftsräten und zu einem Reichswirtschaftsrat zusammen.“

Das heißt, die Bezirkswirtschaftsräte und der Reichsarbeiterrat bilden einen Teil der Wirtschaftsräte.

Das Reichswirtschaftsministerium hat jetzt der Öffentlichkeit zwei verschiedene Pläne für den Aufbau der Bezirkswirtschaftsräte und Wirtschaftsräte vorgelegt, von denen der eine, als Plan A bezeichnete eine Befehung der Arbeiter- und Angestelltenvertretung in den Wirtschaftsräten in dieser Weise vorsieht. Dieser Plan, der uns allein diskutabel erscheint, während sich der Plan B in komplizierten Konstruktionen gefüllt, versäumt es aber, Aufschluß über das Zustandekommen der Arbeiterräte selbst zu geben. Er setzt sie als gegeben voraus, eine Methode, die vielleicht nur aus Gründen der Einfachheit geübt wird, die aber auch dem Verdacht Raum gibt, daß eine Absicht der Täuschung vorliegt. Zu diesem Mißtrauen veranlaßt uns nicht nur unsere Voreingenommenheit gegen jede sozial- oder wirtschaftspolitische Maßnahme der gegenwärtigen reaktionären Reichsregierung, die besonders dann am Plage ist, wenn die in Frage kommenden Gesetze Rechte für Arbeiter und Angestellte begründen sollen. Erfahrungen berechtigen uns dann zu dem Verdacht, daß die Gelegenheit benützt werden soll, um die Arbeiter um ihre Rechte zu betrügen. Es sind aber auch in der zurzeit betriebenen öffentlichen Aussprache über die Gestaltung der Wirtschaftsräte Anzeichen dafür zu beobachten, daß auch die nach dem Plan A vorgesehenen Bezirkswirtschaftsräte nicht auf dem natürlichen Wege der Wahl durch die Betriebsarbeiterräte, sondern durch bebenkliche Konstruktionen gebildet werden sollen. Dagegen müssen wir uns aus den dargelegten Gründen wenden.

Der Plan des Reichswirtschaftsministeriums ist außerdem behaftet mit einer in diesem Gebiet der sogenannten Gemeinwirtschaftskörper weit verbreiteten Krankheit: der Parität, der an Zahl gleichen Befehung der einzelnen Organe mit Vertretern der Arbeiter und Unternehmer.

Der Aufgabekreis der Wirtschaftsräte ist durch die Verfassung im allgemeinen Rahmen bestimmt. „Erfüllung der gesamten wirtschaftlichen Aufgaben“ und „Mitwirkung bei der Ausführung der Sozialgesetzgebung“ heißt es dort, wie aus dem oben angeführten Zitat ersichtlich ist. Das letzte weist unverkennbar auf die Gemeinwirtschaft, aber auch die Erfüllung der gesamten wirtschaftlichen Aufgaben setzt Plan und Regel, also mehr oder weniger gebundene Wirtschaftspläne voraus. Der Kapitalismus in voller Freiheit, der uns gegenwärtig umtobt, kennt keine „Gesamtwirtschaft“ und damit auch keine gesamten wirtschaftlichen Aufgaben. Er kennt nur den individuellen wirtschaftlichen Zweck der Rentabilität des einzelnen Betriebes. Auch die aus dem Wesen des Kapitalismus entstandenen wirtschaftlichen Verbindungen, Kartelle, Trusts, dienen nur dem Zweck der besseren Rentabilität des einzelnen Betriebes, der einer dieser Verbindungen angehört. Wer also gesamtwirtschaftliche Interessen wahren will, der wird wiederum auf die Mittel gemeinwirtschaftlicher Bildungen verwiesen.

Diese aber sind nicht durchführbar in paritätischer Vertretung mit dem Unternehmertum, sondern nur im Gegensatz zu ihm. Körperschaften also, die so offensichtlich gemeinwirtschaftliche Pflichten haben, wie nach der Verfassung die Wirtschaftsräte, werden bei paritätischer Befehung nur von tobenden Kämpfen erfüllt sein, wenn nicht der eine Teil sein Interesse preisgeben will.

Das Interesse des Unternehmertums haben wir oben kurz angedeutet. Während es ganz auf den Sondervorteil des Einzelnen gerichtet ist, vertritt die Arbeiterschaft stets ein Kollektivinteresse. Nicht nur darum, weil die Masse des Proletariats sozialistisch gefasst ist und bei einem vernünftigen Wahlsystem vorwiegend Sozialisten in die Wirtschaftsräte entsenden wird; sondern vor allem deswegen, weil Arbeiter und Angestellte stets eine Mehrheit vertreten und damit das Interesse einer Mehrheit, ein Gesamtinteresse, das nur unter gemeinsamen wirtschaftlichen Formen gewahrt werden kann. Sie treten überdies an ihre Aufgaben heran als Produzenten und als Konsumenten. Auch das Konsumenteninteresse widerspricht zumeist dem kapitalistischen Rentabilitätsinteresse. Die Haltung der Arbeitervertreter würde also fast immer den durch die Verfassung in Aussicht genommenen Aufgaben der Wirtschaftsräte entsprechen.

Nun wird kein denkender Mensch erwarten, daß das Unternehmertum aus Entzücken über die herrliche neue Einrichtung oder infolge der Überhebungsstimmung der Arbeitervertreter in den Wirtschaftsräten das kapitalistische Interesse bei der Arbeit der Wirtschaftsräte preisgeben würde, so daß die paritätischen Körperschaften vernünftige Beschlüsse im Sinne der Verfassung zuwege bringen könnten. Dazu hat das Unternehmertum gerade gegenwärtig viel zu viel Öffnung, daß sich die allgemeine politische Lage immer mehr zu seinem Vorteil gestalten und ihm die Möglichkeit geben wird, seine wirtschaftliche Machtstellung neu zu befestigen und dauernd zu behaupten.

Paritätische Körperschaften aber sind auf eine solche Vertretbarkeit angewiesen, wenn sie arbeiten sollen. Ihre Zusammensetzung schließt einfache Majoritätsentscheidungen fast immer aus. Das bedeutet, daß die praktische Arbeit der geplanten paritätischen Körperschaften weder dem Augenblicksinteresse noch dem Ziel des sozialistisch gefassten Proletariats einen nennenswerten Vorteil bringen könnte. Was an augenblicklichen Maßnahmen zugunsten der Arbeiterklasse nach Maßgabe der politischen Machtverhältnisse zu erreichen ist, kann ebensogut — oder ebensovieleicht, wie man will — durch die ordentlichen Landes- und Reichsparlamente erreicht werden.

Also: sollen bei der Tätigkeit der Wirtschaftsräte Ergebnisse im Sinne der Verfassung erzielt werden, so muß die Besetzung dieser Organe in der Weise erfolgen, daß das sozialistische Interesse in ihnen überwiegt. Das könnte geschehen durch Ernennung einer Gruppe von Sachverständigen, auf deren Berufung die Spitzenorganisationen der Arbeiter- und Angestelltenorganisationen einen entscheidenden Einfluß haben müßten.

Müssen wir erst ausführlich da-legen, daß das Unternehmertum seinen ganzen politischen Einfluß daran setzen wird, um so etwas zu verhindern?

Und nun entsteht die Frage, ob das Objekt so bedeutsam ist, daß die Arbeiterklasse um eine solche Besetzung der Wirtschaftsräte kämpfen muß. Ob ferner ein solcher Kampf in der gegenwärtigen Lage Aussicht auf Erfolg haben würde.

Sie wird von den Körperschaften zu beantworten sein, in deren Händen die Führung der Kämpfe der Arbeiterklasse und die Verantwortung für die parlamentarische Wahl sozialistische Proletarieresse haben kann.

### Aus der Automobilindustrie

Die Automobilindustrie erlebte im Kriege ihre höchste Blüte. Nicht nur, daß viele Fabriken während des Krieges neu errichtet wurden, sondern die meisten bestehenden Fabriken verzeichneten auch ihre Arbeiterzahl Rekord. Die Hoersterverwaltung verlangte begierig diese Produkte und alles, was nur vier Räder hatte, wurde abgenommen. Durch Verwendung jedes Schraubmaterials und schlechte Entlohnung der Arbeiterklasse einerseits, sowie durch herrschende Regalierung der Produktion durch den Staat andererseits, heimten die Unternehmer riesige Gewinne ein. Der Öffentlichkeit wurden diese enormen Kriegsgewinne verschwiegen. Deshalb ging man dazu über, die Fabriken auszubehalten und mit moderner Maschinen auszurüsten, um dieselben gleich wieder bis auf 1 A Hundert abzugeben. Ja damit nicht genug, man bemogelte noch direkt den Staat, um Ertragssteuern einzuführen, siehe Daimler-Werke, Stuttgart.

Als der Krieg zu Ende war, war die Konjunktur in der Automobilindustrie noch durchaus günstig. Durch den niedrigen Kalorienwert war es möglich, deutsche Automobile reichend an das Ausland zu verkaufen, denn dem Ausland war es nicht möglich, benötigt billig produzierte zu kaufen, und so haben auch die Automobilfabriken dazu beigetragen, das ungeliebte Warenhaus Deutschland zu vermodern. Eine aufgenommene Statistik im Februar 1919 zeigt, daß 28 Automobilfabriken 3342 Arbeiter beschäftigten. Die Zahl

### Metallarbeiter als Erfinder

Von H. H. Böll (Hildesheim) (Augsb. verb.) (Schluß)

Diese Erfindungen und in ihrer Leistungsfähigkeit besonders geeigneten Lokomotiven, die im Volksmunde als „Iren horner“, eiserne Pferde, bezeichnet wurden, erlangte weitere Anwendung im europäischen Kohlenbergbau. Im Jahre 1820 erhielt Stephenson von dem Könige der Hannoverischen Provinz den Auftrag, ein Eisenbahn für den Kohlentransport des Reiches. Stephenson führte den Auftrag aus, indem er fünf Geleise anlegte und für diese fünf Lokomotiven baute, deren Leistungsfähigkeit bereits auf 60 Tonnen geschätzt war. Die ersten Erfolge, die Stephenson mit dieser Dampfmaschine erzielte, veranlaßten die Lokomotive anzuwenden auch in anderen Bergbauern Gegenden und Bergbauern. Auch außerhalb der englischen Landesgrenzen kamen solche Lokomotiven damals, wenn auch nur sehr vereinzelt, zur Anwendung. So in Deutschland auf der Königlich Preussischen Eisenbahn im Jahre 1825 und ebenso auf der Sächsischen Eisenbahn. Inzwischen hinderte jedoch jene älteren Lokomotiven Stephenson'schen Leistungen ihren Dienst in den Kohlenbergbau, und auf der Rheinischen Eisenbahn der preussischen, die Stephenson im Jahre 1825 angelegt hatte, war noch im Jahre 1912 eine solche Lokomotive in Betrieb.

Nach der von Stephenson so vortrefflich verfertigten Lokomotive ließ zunächst auf die Verwendung im Bergbau beschränkt. Jedes der Schienen, die mit der vorerwähnten Lokomotive betriebenen Eisenbahnen auch zum allgemeinen Transport- und Beförderungsmittel angewandt, lag in der Luft und Stephenson war es, der an die Verbesserung dieser Schienen sein ganzes Können und Geschick anlegte. Die Möglichkeit zur Erzeugung dieses Rades wurde nicht mehr, als er im Jahre 1825 als Ingenieur bei der Eisenbahn zwischen Egleston und Darlington eintrat und den Auftrag erhielt, diese bis dahin mit Pferden betriebene Bahn in Lokomotivbetrieb umzuwandeln. Nachdem ihm die Leiter des Betriebes 100 Pfund Sterling anbot, die praktische Methode erlangte. Diese von ihm gebildete Dampfmaschine, deren Erfindung am 21. September stattfand, war auch als erste die Erfindung nicht nur, auch Bergbauern auch Bergbauern betriebsfähig zu machen. Die Mittel zur Personalförderung waren jedoch noch recht mangelhaft. Man hatte zu diesem Zweck einen

fiel aber zwei Jahre später im Februar 1921 auf 26 470. Die Beamten- und Angestelltenzahl fiel von 5568 im Jahre 1919 auf 5350 im Jahre 1921. Die Zahl der Lehrlinge liegt dagegen von 2785 auf 2877. Zur besseren Orientierung diene folgende Statistik:

| Werk                                | Arbeiter |      | Beamte |      | Lehrlinge |      |
|-------------------------------------|----------|------|--------|------|-----------|------|
|                                     | 1919     | 1921 | 1919   | 1921 | 1919      | 1921 |
| Daimler-Werke, Stuttgart            | 7500     | 6680 | 900    | 680  | 180       | 800  |
| Adler-Werke, Frankfurt a. M.        | 5424     | 6188 | 878    | 874  | 400       | 350  |
| Hansa-Loch, Bremen                  | 2800     | 1532 | 700    | 600  | 241       | 262  |
| Daimler, Berlin-Mariensfelde        | 2000     | 750  | 360    | 270  | 64        | 81   |
| Deutsche Lastwagenfabr., Düsseldorf | 1900     | 1244 | 300    | 147  | 56        | 108  |
| Horch-Werke, Zwickau                | 1587     | 1486 | 120    | 200  | 140       | 323  |
| Büfing, Braunschweig                | 1528     | 1120 | 325    | 450  | 84        | 50   |
| Stoewer, Stettin                    | 1440     | 1250 | 160    | 200  | 250       | 200  |
| Magirus, Ulm                        | 1400     | 1458 | 260    | 260  | 300       | 158  |
| Riebe, Berlin                       | 1200     | 678  | 800    | 194  | 56        | 28   |
| Presto, Chemnitz                    | 944      | 1200 | 150    | 208  | 49        | 45   |
| Dinos-Werke, Berlin                 | 750      | 437  | 100    | 110  | 60        | 46   |
| Deutsche Lastwagenfabr., Düsseldorf | 670      | 471  | 120    | 120  | 70        | 71   |
| Hansa-Loch, Varel i. O.             | 650      | 910  | 140    | 218  | 120       | 157  |
| Bayer. Motorenwerke, München        | 600      | 1700 | 140    | 324  | 95        | 180  |
| Union-Werke, Mannheim               | 575      | 824  | 50     | 120  | 80        | 77   |
| Siemens-Schudert, Berlin            | 502      | 641  | 150    | 245  | 58        | 38   |
| Windhoff, Rheine i. Westf.          | 500      | 160  | 200    | 65   | 150       | 110  |
| Richard & Hering, Ronneburg         | 400      | 308  | 30     | 40   | 60        | 63   |
| Apollo-Werke, Apolda                | 300      | 215  | 58     | 68   | 64        | 65   |
| Rud. Sey, Arnstadt i. Th.           | 240      | 397  | 54     | 54   | 95        | 67   |
| Phänomen-Werke, Zittau              | 292      | 294  | 70     | 55   | 48        | 53   |
| Rade, Coswig i. S.                  | 200      | 116  | 26     | 24   | 75        | 60   |

Zusammen 33342 26470 5568 5350 2785 2877

Trotz erhöhter Aufnahme anderer Produktionsartikel war es nicht möglich, den Arbeiterstand von 1919 festzuhalten. Wenn im Durchschnitt 1919 auf 12 Arbeiter ein Lehrling kam, so 1921 auf 9,2 Arbeiter ein Lehrling. Natürlich ist die Lehrlingsziffer in verschiedenen Betrieben der Autoindustrie sehr voneinander, so bei der Firma Windhoff, Rheine i. Westf., wo auf 1,5 Arbeiter schon ein Lehrling kommt, ferner Rud. Sey, Arnstadt i. Th., auf 3,6 Arbeiter ein Lehrling um. Es ist unmöglich, daß diese jungen Menschen in den dortigen Betrieben eine gute fachmännische Ausbildung bekommen können. Den günstigsten Lehrlingsstand hat Büfing, Braunschweig, Riebe, Berlin, Presto, Chemnitz, wo auf 20 bis 26 Arbeiter ein Lehrling entfällt.

Während im Jahre 1919 nur 6 Fabriken eine Lehrlingswerkstatt aufweisen konnten, waren es 1921 bereits 10, und zwar: Daimler, Stuttgart, Adler, Frankfurt, Hansa-Loch-Werke, Bremen, Daimler, Berlin-Mariensfelde, Benz, Gaggenau, Daimler, Stuttgart-Sindelfingen, Hansa-Loch, Varel, Bayerische Motorenwerke, München, Siemens-Schudert-Automobil, Berlin und Windhoff, Rheine i. Westf.

Nicht unserer Kollegen ist es, dafür zu sorgen, daß möglichst in jedem Betrieb Lehrlingswerkstätten errichtet werden, um die Lehrlinge mehr fachmännisch anzulernen. Die Löhne der Lehrlinge sind sehr verschieden, was folgende Aufstellung beweist. Somet das 4. Jahr nicht mit Zahlen ausgefüllt ist, lernen dieselben nur 3 Jahre. Der Lohn beträgt pro Stunde:

| Werk               | 1. Jahr | 2. Jahr | 3. Jahr | 4. Jahr |
|--------------------|---------|---------|---------|---------|
| Wanderer, Chemnitz | 1,20    | 1,70    | 2,60    | —       |
| Presto, Chemnitz   | 1,20    | 1,70    | 2,40    | —       |

|   |      |   |   |   |
|---|------|---|---|---|
| — | 1,70 | — | — | — |
| — | 1,65 | — | — | — |
| — | 1,60 | — | — | — |
| — | 1,55 | — | — | — |
| — | 1,40 | — | — | — |
| — | 1,25 | — | — | — |
| — | 1,20 | — | — | — |
| — | 1,10 | — | — | — |
| — | 1,00 | — | — | — |
| — | 0,90 | — | — | — |
| — | 0,80 | — | — | — |
| — | 0,70 | — | — | — |
| — | 0,60 | — | — | — |
| — | 0,50 | — | — | — |
| — | 0,40 | — | — | — |
| — | 0,30 | — | — | — |
| — | 0,20 | — | — | — |
| — | 0,10 | — | — | — |
| — | 0,05 | — | — | — |
| — | 0,02 | — | — | — |
| — | 0,01 | — | — | — |

Die Arbeitszeit ist durchweg 44 bis 48 Stunden pro Woche, jedoch wird momentan bei Rade, Coswig, und Daimler, Berlin-Mariensfelde, wegen Arbeits- und Materialmangel nur 24 Stunden pro Woche gearbeitet.

Die Produktion in der Autoindustrie erstreckt sich außer auf Karosserien und Lastwagen, Motorflüge und Elektromotoren auch auf Fahrrad, Schneemaschinen, Schiffsmotoren, hydraulische Pressen, Werkzeuge für Bau-, Holz-, Metall-, Stein-, Eisen-, Kupfer-, Armaturen, Jagdwaffen und Haushaltungsgeschäfte.

Die Arbeiterzeit ist durchweg 44 bis 48 Stunden pro Woche, jedoch wird momentan bei Rade, Coswig, und Daimler, Berlin-Mariensfelde, wegen Arbeits- und Materialmangel nur 24 Stunden pro Woche gearbeitet.

Die Produktion in der Autoindustrie erstreckt sich außer auf Karosserien und Lastwagen, Motorflüge und Elektromotoren auch auf Fahrrad, Schneemaschinen, Schiffsmotoren, hydraulische Pressen, Werkzeuge für Bau-, Holz-, Metall-, Stein-, Eisen-, Kupfer-, Armaturen, Jagdwaffen und Haushaltungsgeschäfte.

Die Arbeiterzeit ist durchweg 44 bis 48 Stunden pro Woche, jedoch wird momentan bei Rade, Coswig, und Daimler, Berlin-Mariensfelde, wegen Arbeits- und Materialmangel nur 24 Stunden pro Woche gearbeitet.

Die Arbeiterzeit ist durchweg 44 bis 48 Stunden pro Woche, jedoch wird momentan bei Rade, Coswig, und Daimler, Berlin-Mariensfelde, wegen Arbeits- und Materialmangel nur 24 Stunden pro Woche gearbeitet.

Sommerferien sind in jeder Fabrik tariflich festgelegt und betragen je nach Arbeitsdauer 3 bis 8 Arbeitstage, Wüsting, Braunschweig, bis 12 Tage. Den ganzen Betrieb auf 5 bis 6 Tage schließt Daimler, Berlin-Mariensfelde, Stoewer, Stettin, Presto, Chemnitz und Dinos-Werke, Berlin. Während 1919 7 Fabriken Kollektivverträge hatten und in 16 nach freier Vereinbarung gearbeitet wurde, bestanden 1921 17 Kollektivverträge und in 6 Fabriken freie Vereinbarung.

Als wichtigstes Kapitel gilt natürlich die Entlohnung der Arbeiterschaft. Es soll versucht werden, an Hand einer Aufstellung ein Überblick zu geben. Selbstverständlich werden neben den stundenlöhnen (sämtliche Fabriken arbeiten im Lohn) in vielen Fabriken stündliche Leistungszulagen gewährt, welche in der Aufstellung schon eingerechnet sind. Die Stundenlöhne können natürlich nur in Durchschnitt angegeben werden, da bei stundenlöhnen dieselben schwanken.

| Werk                            | Facharbeiter |           | Angelernte |      | Zusatzarbeiter |      |
|---------------------------------|--------------|-----------|------------|------|----------------|------|
|                                 | Stk.         | Stk.      | Stk.       | Stk. | Stk.           | Stk. |
| Daimler, Stuttgart              | 5,60—6,50    | 5,25—5,70 | 4,80—4,90  | —    | —              | —    |
| Adler, Frankfurt a. M.          | 6,20—7,35    | 5,65—7,05 | 5,10—5,90  | —    | —              | —    |
| Benz, Mannheim                  | 4,85—8,20    | —         | 4,75—6,80  | —    | —              | —    |
| Wanderer, Chemnitz              | —            | —         | 6,55—6,70  | —    | —              | —    |
| Hansa-Loch, Bremen              | 4,80—6,50    | 4,60—6,20 | 3,80—4,80  | —    | —              | —    |
| Fahrgeschäft, Gienach           | 5,62—7,00    | —         | —          | —    | —              | —    |
| Daimler, Berlin-Mariensfelde    | 5,60—6,10    | 5,20—5,80 | 4,50—5,10  | —    | —              | —    |
| Benz, Gaggenau                  | 6,50—7,20    | 6,30—7,00 | —          | —    | —              | —    |
| Daimler, Stuttgart-Sindelfingen | 5,65—6,30    | 5,10—5,35 | —          | —    | —              | —    |
| Horch, Zwickau                  | 5,70—7,80    | 5,35—6,80 | 4,35—4,80  | —    | —              | —    |
| Büfing, Braunschweig            | 5,90—6,40    | 5,40—5,90 | 2,70—4,20  | —    | —              | —    |
| Stoewer, Stettin                | 7,20—7,50    | —         | —          | —    | —              | —    |
| Magirus, Ulm                    | 5,80—6,70    | 5,20—5,90 | —          | —    | —              | —    |
| Riebe, Berlin                   | 6,20—6,80    | 6,20—6,70 | —          | —    | —              | —    |
| Presto, Chemnitz                | 7,50—8,50    | 7,20—8,00 | —          | —    | —              | —    |
| Dinos-Werke, Berlin             | —            | —         | —          | —    | —              | —    |
| Lastwagenfabr., Düsseldorf      | 7,15—7,80    | —         | —          | —    | —              | —    |
| Hansa-Loch, Varel               | 4,90—5,50    | 4,40—5,10 | 4,00—4,40  | —    | —              | —    |
| Bayer. Motorenwerke, München    | 8,40—8,70    | 8,20—8,40 | 8,10—8,70  | —    | —              | —    |
| Union, Mannheim                 | 6,65—8,50    | 6,65—8,10 | 5,65—6,65  | —    | —              | —    |
| Siemens-Schudert, Berlin        | 6,00—7,00    | 5,60—6,00 | 4,50—6,10  | —    | —              | —    |
| Windhoff, Rheine i. Westf.      | 4,55—5,90    | 4,30—5,80 | 3,65—4,20  | —    | —              | —    |
| Richard & Hering, Ronneburg     | 3,50—4,80    | 3,30—4,60 | 3,10—4,40  | —    | —              | —    |
| Apollo-Werke, Apolda            | 4,90—5,20    | —         | —          | —    | —              | —    |
| Rud. Sey, Arnstadt              | 5,80—5,80    | 5,10—5,80 | —          | —    | —              | —    |
| Phänomen, Zittau                | 4,00—5,15    | 3,80—4,95 | 2,45—4,70  | —    | —              | —    |
| Rade, Coswig i. S.              | 5,25—7,00    | 5,25—6,00 | —          | —    | —              | —    |
| Siemens-Werke, Sulz i. Th.      | 3,80—5,15    | 3,80—4,95 | 3,75—4,70  | —    | —              | —    |

Außer diesen Löhnen leisten folgende Firmen wirtschaftliche Beihilfen an Arbeiter: Adler, Frankfurt, für Frau und pro Kind 10 S pro Stunde, Hansa-Loch, Bremen, für Frau 25 S und pro Kind 10 S pro Stunde, Daimler, Berlin, für Frau 9 M, pro Kind 18 M pro Woche, Lastwagenfabr. Düsseldorf für Frau 2 M, pro Kind 1,50 M pro Tag, Windhoff, Rheine i. Th. für Frau 1,50 M, pro Kind 1,50 M pro Tag.

An Hand dieser Aufstellungen ist ersichtlich, daß in der Autoindustrie die Entlohnung sehr verschieden ist und durch strengen Organisationsverhältnis versucht werden muß, daselbe günstiger zu gestalten. Auch der Hauptvorstand des D. A. V. wird einsehen, daß eine Reichskonferenz der Autoindustrie außerdem wirken könnte. Es wird Aufgabe unseres Verbandes und der Betriebsräte der Autoindustrie sein, sich mit der Normalisierung und Typisierung zu befassen, denn eine wesentliche Verbilligung der Wagen würde, sobald diesem Grundübel in der Autoindustrie abgeholfen wird. Wenn nur einige Typen auf den Markt geworfen werden und nicht wie heute jede Automobilfabrik seine eigenen Typen, Konstruktionen und Normalisierungen hat, würde die Autoindustrie eine riesige Produktionsvermehrung vornehmen können.

S. Klein (Bremen)

### Jede menschliche Befriedigung

hängt... ab von dem Verhältnis der Befriedigungsmittel zu den in einer Zeit bereits gewohnheitsmäßig erforderlichen Lebensbedürfnissen oder, was daselbe ist, von dem Überfluß der Befriedigungsmittel über die untere Grenze der in einer Zeit gewohnheitsmäßig erforderlichen Lebensbedürfnisse. Ein gesteigertes Minimum der untersten Lebensbedürfnisse gibt auch Leiden und Entbehrungen, welche frühere Zeiten gar nicht kannten. Was entbehrt der Notstufe dabei, wenn er keine Seife kaufen, was entbehrt der menschenfressenden Wildbe dabei, wenn er keinen anständigen Rock tragen, was entbehrt der Arbeiter vor der Entdeckung Amerikas dabei, wenn er keinen Tabak rauchen, was entbehrt der Arbeiter vor Erfindung der Buchdruckerkunst dabei, wenn er ein alljährliches Buch sich nicht anschaffen konnte?

Alles menschliche Leiden und Entbehren hängt also nur von dem Verhältnis der Befriedigungsmittel zu den in derselben Zeit bereits vorhandenen Bedürfnissen und Lebensgewohnheiten ab. Alles menschliche Leiden und Entbehren und alle menschlichen Befriedigungen, also jede menschliche Lage bemißt sich somit nur durch den Vergleich mit der Lage, in welcher sich andere Menschen derselben Zeit in Bezug auf die gewohnheitsmäßigen Lebensbedürfnisse derselben befinden. Jede Lage einer Klasse bemißt sich somit immer nur durch ihr Verhältnis zu der Lage der anderen Klassen in der selben Zeit.

Raffaele („Offenes Antwortschreiben“)

Verhältnis steht. Im Falle ihr Gewicht nur 4 1/2 Tonnen beträgt, kann sie auf 4 Rädern montiert sein. 6. Ein Quecksilberthermometer zum Anzeigen des Dampfdruckes muß an der Maschine angebracht sein. 7. Die Maschine muß spätestens zum 1. Oktober 1829 vollständig und zur Probe fertig in Liverpool der Bahn übergeben werden. 8. Der Preis der betriebsfähigen Maschine darf 550 Pfund Sterling nicht übersteigen. Diese Bedingungen waren in ihrer Gesamtheit bei dem damaligen Stand der Technik der Lokomotivbau durchzuführen nicht leicht. Dennoch machte sich Stephenson anheißig, nicht nur die genannten Bedingungen zu erfüllen, sondern auch hinsichtlich der Geschwindigkeit weit über die verlangten 10 Meilen (gleich 16 Kilometer) hinauszugehen und eine Lokomotive von mindestens der doppelten Geschwindigkeit zu bauen. Da gab es ihm aber selbst wohlmeinende Freunde den dringenden Rat, ja nicht laut werden zu lassen, daß er eine größere Geschwindigkeit als höchstens 12 Meilen die Stunde erreichen wolle, weil er sonst unbedingt Gefahr laufe, für verrückt erklärt und womöglich eingesperrt zu werden.

Au dem von der Bahngesellschaft erlassenen Preisanschreiben beteiligten sich vier Lokomotivbauern, die mit ihren Maschinen zu der auf den 7. Oktober 1829 festgesetzten Wettfahrt, die auf der etwa 3 Kilometer langen Bahnstrecke bei Rainhill in der Nähe von Liverpool stattfinden sollte, pünktlich zur Stelle waren. Die vier zu dem Wettkampf erschienenen Lokomotiven waren: 1. die „Novelty“, die von Trippel in Gemeinschaft mit John Ericson, dem berühmten Maschinenbauer und Erfinder der Heißluftmaschine sowie vieler anderer technischer Neuerungen, gebaut worden war, 2. die „Sansparail“, die von Timothy Hadworth, einem früheren Werkmeister Stephenson's, auf dem Kampfplatz entworfen worden war, 3. die „Perseverance“ von Ruxton und schließlich 4. die „Rocket“, die von George Stephenson in Gemeinschaft mit seinem Sohne Robert in ihrer Fabrik in Newcastle erbaut worden war. Im Angesicht einer vielstündigen heftigen Güterkollision fand der Wettkampf statt. Sehr bald schied die „Perseverance“ und die „Sansparail“ aus der Konkurrenz aus, um so erbitterter aber kämpften die „Novelty“ und die „Rocket“ um den Preis. Im Anfang schien die erstere die meisten Siegesaussichten zu haben; erreichte sie doch zeitweilig eine Geschwindigkeit von 25 englischen Meilen, ein Ergebnis, das bei hellen Entschluß der Zuschauer erweckte. Dann aber erlitt sie auf satter Strecke durch den Schaden des Gehäuses einen Defekt, wodurch sie ebenfalls aus der Konkurrenz ausschied, so daß nur noch die „Rocket“ von Stephenson, die



Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund an die Regierungen und Völker der Ententeländer Die wirtschaftliche Lage der deutschen Arbeiterschaft und die Beschlüsse der Pariser Konferenz.

(Schluß.)

Die Zahl der Jenksten mit einem Jahreseinkommen von 900 bis 1050 M belief sich insgesamt auf 1 366 493, davon in den Städten 732 600.

Die Zahl der Jenksten mit 1050 bis 1200 M Jahreseinkommen belief sich auf 1 197 389, davon in den Städten 720 209; 1200 bis 1350 M Jahreseinkommen hatten 945 374 Jenksten, davon in den Städten 584 505; und 1350 bis 1500 M Jahreseinkommen hatten 852 194 Jenksten, davon in den Städten 557 894.

Das ergibt allein in Preußen insgesamt 8 239 897 Jenksten mit weniger als 1500 M Jahreseinkommen im Jahre 1913, also 41,9 Prozent der Gesamtbevölkerung Preußens!

Und von den steuerpflichtigen Jenksten, d. h. denen, die mehr als 900 bis zu 1500 M Jahreseinkommen aufzuweisen hatten, wohnen in den Städten allein 2 595 208.

Ähnlich wie in Preußen liegen die Verhältnisse im ganzen Deutschen Reich.

Wenn nun in den in der untenstehenden Tabelle angeführten Städten eine Steigerung der Löhne im Durchschnitt um das Achtfache nachgewiesen ist, so ergibt sich daraus, daß die Löhne mit der Steigerung der Lebenshaltungskosten nicht den gleichen Schritt gehalten haben. Aber die vorliegende Statistik zeichnet für die Gesamtheit noch ein zu günstiges Bild; sie erstreckt sich nur auf ausgesprochene Industrieorte. In diesen stellt die Arbeiterschaft infolge ihrer Masse und mit ihren alten Organisationen einen Faktor dar, dem das Unternehmertum nachgedrungen in höherem Maße Rechnung tragen muß, als das in industriell weniger entwickelten Gegenden der Fall ist.

Es wäre unzutreffend, nun etwa anzunehmen, daß die deutschen Arbeiter allgemein heute schon nur die kümmerliche Lebenshaltung haben, die einer achtjährigen Erhöhung des Nominallohnes entspricht. Eine solche Lebenshaltung haben nur diejenigen, die tatsächlich noch in Arbeit stehen. Nebenamt man jedoch, daß die Arbeitslosigkeit in Deutschland heute einen Umfang erreicht hat, wie er nie zuvor dagewesen ist, dann ergibt sich ein ganz anderes Bild von der Lebenslage der deutschen Arbeiterschaft. Die beigefügte Statistik bezeugt, daß von

etwa 2 1/2 Millionen Arbeitern über 1/2 Million ganz oder teilweise arbeitslos

waren. Und so, wie es in den angeführten 30 Industrieorten liegt, so liegt es allenthalben in den deutschen Städten. Diese ungeheure Arbeitslosigkeit und Verelendung trägt aber naturgemäß dazu bei, die Unterernährung der Massen des arbeitenden Volkes in Deutschland immer wieder zu verschärfen, das Elend zu vermehren. Dieses Elend ist schon lange nicht mehr nur ein physisches, sondern auch ein geistiges. Es erzeugt daher naturgemäß geistige Erscheinungen, an denen auch die Autoren der Pariser Beschlüsse nicht achtlos vorübergehen können.

Es dürfte notwendig sein, hier noch einiges über die Ursachen der Arbeitslosigkeit

in Deutschland zu sagen. Aus der statistischen Tabelle ergibt sich, daß als solche Kohlenmangel, Rohstoffmangel, Absatzstörung und sonstige Ursachen in Frage kommen. In den meisten Fällen ist die Arbeitslosigkeit auf den Mangel an Rohstoffen zurückzuführen. Aber auch wo Rohstoffmangel als Ursache angegeben ist, ist vielfach der Mangel an Kohlen die Grundursache. Das gilt insbesondere für das Baugewerbe, das in früheren Zeiten weit über eine Million Arbeiter beschäftigt hat. Das gilt ferner für viele Zweige der Metallindustrie; ebenso auch für die große keramische Industrie, die vor dem Kriege eine ausgesprochene Exportindustrie gewesen, deren Export heute zum großen Teile lahmgelegt ist. Das gleiche gilt für die deutsche Glasindustrie. Auch die chemische Industrie, die gleichfalls eine Exportindustrie ist, hat vielfach unter Rohstoffmangel zu leiden.

Es muß überraschen, daß ein Land, das im letzten Jahre vor dem Kriege 190 Millionen Tonnen Steinkohlen produzierte und in der Lage war, davon 25 Millionen Tonnen ins Ausland verkaufen zu können, jetzt so an Kohlenmangel leidet. Und doch ist es so, und zwar infolge des Versalles Friedensvertrages. Durch diesen hat Deutschland die Kohlengruben in Lothringen und im Saargebiet verloren — teils bawern, teils auf vorläufig 15 Jahre. Von der Kohlenproduktion in Oberschlesien, die monatlich über 2 Millionen Tonnen beträgt, erhält Deutschland seit der Besetzung durch die Ententruppen nur einen erheblich verminderten Anteil. Der weitaus größte Teil der ober-schlesischen Kohlenproduktion geht nach Polen, Ungarn, Italien, nach der Tschechoslowakei und sonstwo hin.

Es ist ferner in Betracht zu ziehen, daß Deutschland von seiner so erheblich geminderten Steinkohlenproduktion nach dem Spa-Abkommen noch monatlich 2 Millionen Tonnen — nach den Pariser Beschlüssen soll diese Menge sogar auf 2,2 Millionen Tonnen erhöht werden — an die Entente abzuliefern hat, und zwar zum größten Teile die besten Qualitätskohlen. Hieraus erklärt es sich, daß Deutschland — früher nächst England das kohlenreichste Land Europas — heute in so empfindlicher Weise an Kohlenmangel leidet. Gleichzeitig hat Deutschland wichtige Erzeugnisse verloren, deren Ertragskräfte seiner Volkswirtschaft gleichfalls fehlen.

Diese Tatsachen müssen bei der Beantwortung der Frage, ob Deutschland die Anforderungen der Pariser Beschlüsse erfüllen kann, unter allen Umständen in Betracht gezogen werden.

Die deutsche Arbeiterschaft muß die Pariser Propositionen ablehnen, weil sie es mit ihrer Auffassung nicht vereinbaren kann, ihnen gegenüber auch nur durch Stillschweigen den Eindruck zu erwecken, daß sie erfüllbar wären. Und sie muß sie ferner ablehnen, weil sie ihrer tiefsten Überzeugung nach gleichbedeutend sind mit der

Einführung der Sklavenarbeit in Deutschland.

Die deutsche Arbeiterschaft lehnt die Zustimmung, die ihr durch die Pariser Beschlüsse ge-

macht wird, aber auch um deswillen ab, weil sie überzeugt ist, daß die Erfüllung der von der Entente erhobenen Forderungen unbedingt dazu führen müßte, auch die Lage der Arbeiter in allen anderen Ländern auf das schwerste und nachteiligste zu gefährden und zu erschüttern.

Das von Deutschland gefordert wird, kommt einer völligen Preisgabe der im 13. Teil des Friedensvertrages niedergelegten Grundzüge gleich. Das in diesem Fall zugunsten der Arbeiterschaft der ganzen Welt Geforderte würde in Deutschland nicht durchgeführt werden können, und die bisherigen sozialen Errungenschaften müßten fast restlos preisgegeben werden, wenn auch nur versucht werden sollte, die erhobenen Forderungen durchzuführen. Das muß auch auf die Lage der Arbeiterschaft in der ganzen Welt zurückwirken.

Die Forderungen zerfallen weiter aber auch alle psychologischen Voraussetzungen zur Leistung gerechter Widerstandsmut. Wenn man einem ganzen Volk die Hoffnung nimmt, wieder hochzukommen, wenn es auf mehr denn ein Menschenalter kaum mehr das zur Erfüllung des nackten Lebens Notwendige hat, dann muß jeder Trieb zur Erfüllung gerechter Forderungen erlödet werden. Die deutschen Arbeiter wissen, daß sie schwer und hart in den nächsten Jahrzehnten werden arbeiten müssen, aber sie wollen doch die Hoffnung haben, daß es ihren Kindern ein wenig besser geht. Die Hoffnung wird durch die Pariser Forderungen vernichtet. Vor der Zukunft der deutschen Arbeiterschaft haben die Pariser Forderungen den düsteren Spruch gestellt: Laßt alle Hoffnung fahren!

Deutschland ist durch den Krieg ein sehr armes Land geworden. Trotzdem ist seine zahlreichste Bevölkerungsklasse, die Arbeiterschaft, bereit, für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete das Menschennögliche zu tun — es ist arm —, aber an einem hat es Überfluß:

Überfluß an Arbeitskräften!

Weshalb sucht man sie nicht dort zu nützen, wo sie Ersparnisse leisten könnten? Warum hat die Entente, warum hat vor allem die französische Regierung es bisher abgelehnt — trotz des wiederholten deutschen Angebots! — die Hunderttausende arbeitsfähiger Hände in Deutschland für den Wiederaufbau in Frankreich mobil zu machen? Solange diese Frage keine überzeugende Beantwortung findet, zweifelt die deutsche Arbeiterschaft daran, daß bei den Pariser Beratungen der Geist obgewaltet hat, von dem angeblich der Versaller Friedensvertrag erfüllt ist — dem Geist der Gerechtigkeit.

Im Namen der Gerechtigkeit erheben die deutschen Gewerkschaften Protest gegen die Pariser Beschlüsse; sie verlangen, daß auch den Besiegten gegenüber die Attribute, die als leuchtendes Janak über der neuzeitlichen Entwicklung stehen:

Freiheit! Gleichheit! Brüderlichkeit!

jetzt, wo es sich um das Schicksal der deutschen Arbeiterschaft handelt, nicht verleugnet werden.

Die deutsche Arbeiterschaft will sich mit all ihrer Kraft und Energie am Wiederaufbau der Welt beteiligen — aber sie verlangt auch Luft und Licht zum Leben. Das ist jedoch nur möglich, wenn der Geist der Menschlichkeit und der Vernunft obwaltet. Daß dies bei den bevorstehenden Verhandlungen in London geschehen möge, wünscht im Interesse der gesamten Menschheit und vor allen Dingen im Interesse des blutenden Europa

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund.

Berlin, im Februar 1921.

Die Steigerung der Löhne und Lebenshaltungskosten in 30 deutschen Industrieorten

Table with 15 columns: Ort, Lohnsteigerung, Lebenshaltungskosten, etc. Lists 30 industrial locations and their economic data.

Es konnten nur die verhältnismäßig Arbeiter erfaßt werden. ... Die Löhne für die wöchentliche Lebensmittellieferung, während die gewerkschaftlichen Schätzungen sich auf die gesamten Lebenshaltungskosten beziehen; in einzelnen Fällen ist das jedoch nicht hinreichend berücksichtigt worden zu sein.

Aus dem Bereiche der Betriebsräte

Die Betriebsräte im Aufsichtsrat.

Bei Schaffung des Betriebsratgesetzes drückte sich die damalige Regierungslösung aus einer klaren Entscheidung. ... Die Arbeiter haben die Betriebsratsmitglieder im Aufsichtsrat als vollständig gleichberechtigtes, sprechen ihnen aber ausschließlich

eine hohe Bedeutung zu. Die Arbeitnehmer halten eine äußerliche Verschärfung des Verantwortungsgefühls nicht für notwendig, da die Aufsichtsratsmitglieder Betriebsräte sind ... Die Gegenstände waren in mehreren Anträgen von beiden Seiten zum Ausdruck gekommen, die häufig mit Stimmgleichheit, immer aber so, daß alle Arbeitgeber auf der einen und alle Arbeitnehmer auf der anderen Seite fanden, abgelehnt wurden.

eiserne Wille des Proletariats wird es ermöglichen, daß die Vorhut, die Betriebsräte vorwärts bringen, um die Zwangsbunden des Kapitals für immer zu machen.

Wie korrumpiert man Betriebsräte?

Diese Preisfrage ist gelöst. Ort der Handlung: ein großes Werk in Gelsenkirchen. ... Die Betriebsräte können soviel Geld bekommen wie sie wollen, wenn ... Gläubigerweise ist die Arbeiterschaft nicht so korrumpiert, daß sie auf bezahlte Meinungen hereinfällt.

# Reedereiabfindungsgefes und Machtkämpfe in den Werftbetrieben

Aus der Rede des Kollegen D i s m a n n im Deutschen Reichstag.

D i s m a n n, Abgeordneter: Der Herr Regierungsvertreter hat die Vorlage von zwei Gesichtspunkten aus begründet; erstens, daß sie in ihren Zielen dazu dienen solle, zu einem Aufbau der kleinen Reedereien, wenn auch in bescheidenem Maßstabe, zu führen; zum zweiten, daß sie der Arbeitslosigkeit steuern, Beschäftigung für die Werften und die damit zusammenhängenden Industrien schaffen solle. Handelte es sich lediglich darum, in diesem Sinne planmäßig vorzugehen, so würden wir sicherlich diesen Plänen unsere weitgehendste Unterstützung zuteil werden lassen können. Aber, meine Damen und Herren, es geht nicht an, seine Vorschläge unter falscher Flagge anzubringen. Wenn hier in dürren Worten und mit nackten Paragrafen und der Vorschlag gemacht wird, einem Betrag von 4,7 Milliarden Mark zuzutimmen, so wollen wir doch zunächst einmal darauf hinweisen, in welchem Vergleich diese Riesensumme mit den Beträgen für andere sozialpolitische Aufwendungen steht.

Handelte es sich um die Unterstützung der Erwerbstätigen, von der zurzeit über eine Million als nackte Arbeitslose betroffen werden, dazu Millionen, die als Kurzarbeiter leiden, dann wird ein Betrag von 1 bis 2 Milliarden Mark für einen längeren Zeitraum eine Riesensumme genannt. Ich bitte zunächst in Vergleich zu stellen, wie man eine Summe von einer Milliarde Mark für eine Million Arbeitslose herbeischafft gegenüber 4,7 Milliarden, die in Frage kommen als Entschädigung für die Reedereien, die Reeder und die hinter ihnen Stehenden. Eine Handelsflotte soll geschaffen werden. Daß wir eine Handelsflotte notwendig haben zur Führung der deutschen Wirtschaft, für den Export, für den Handel und Weltverkehr, wird nicht bestritten. Aber ich will doch der Begründung von heute ein charakteristisches Merkmal gegenüberstellen. Als einer meiner Fraktionskollegen kürzlich im Hauptauschuß bei der Frage des Baues eines Kriegsschiffes und der dafür zu bewilligenden Summe den Vorschlag machte, an Stelle dieses Kriegsschiffes ein Handelsschiff zu bauen, meinte der Herr Reichsminister Dr. Seiler: Ach, meine Herren, wir haben ja einen Überfluß an Handelstonnage! Ja, wie stimmt denn das überein mit der Begründung von heute? Wenn man auf der einen Seite mit Recht betont, daß Deutschland für seine Wirtschaft eine größere Handelsflotte wieder in der Zukunft haben soll, wie kann man dann aber auf der andern Seite, wenn Kriegsschiffe gebaut werden sollen und wenn dann von uns die Forderung gestellt wird, anstatt des Kriegsschiffes ein Handelsschiff zu bauen, das mit einer Handbewegung abtun und erklären: es ist ja Überfluß an Handelstonnage vorhanden! Nein, hier sehen wir das Sprichwort in Anwendung: "Wie es halt trifft, so ist es recht." Wenn den Reedern diese Milliarden zugestanden werden sollen — inwiefern das überhaupt notwendig ist, darüber will ich im Augenblick gar nicht reden —, um mit Staatsmitteln Schiffe zu bauen und die Werften zu beschäftigen, so haben wir einen Anspruch darauf, daß auch die Arbeitsbedingungen in solche sind, wie wir sie als organisierte Arbeiter mit Recht zu verlangen haben. Dieser Forderung kommen aber die Werftgewaltigen bisher nicht nach. Der Herr Abg. Heile hat gemeint, wir sollten uns freuen, wenn die Werften dabei sind, nach alter Weise wieder aufzubauen. Nein, nicht nach alter Weise sollen sich die neuen Verhältnisse gestalten, sondern wir haben einen Anspruch darauf zu erheben, daß auch die Werftbetriebe versuchen, sich den neuen Verhältnissen einigermaßen anzupassen, so schwer es ihnen auch fallen mag. Wollen sie sich der neuen Zeit nur anpassen, um die Milliarden als Entschädigung vom Reich in Anspruch zu nehmen, dann sagen wir: nein, diese Milliarden werden von den Massen des deutschen Volkes aufgebracht und diese Massen des deutschen Volkes haben einen Anspruch darauf, daß die Gelder so Verwendung finden, daß nicht auf der andern Seite viele Zehntausende von Arbeitern vom Werkstoffkapital in räufstischloser Weise ausgebeutet und niedergehalten werden.

Wer sind denn die Träger der Wirtschaft? Sie (nach rechts) stehen auf dem Standpunkte, daß der Wiederaufbau der Wirtschaft sich nach kapitalistischen Grundsätzen zu vollziehen hat, während wir die Auffassung vertreten: eine Gesundung der Wirtschaft kann nur auf der Grundlage einer sozialistischen Produktions- und Bedarfswirtschaft erfolgen. Ebensovienig wie Klassengegensätze durch schöne Worte auszugleichen sind, ebensovienig kann es in diesen fundamentalen Grundanschauungen eine Überbrückung geben. Aber wenn wir zurzeit noch unter dem kapitalistischen Regime stehen, als Arbeiter zu leiden haben, wenn sich zurzeit die politische und die wirtschaftliche Macht noch in Ihren Händen befindet, so wird auch für Sie sich mehr und mehr die Erkenntnis durchdringen müssen, soweit Sie glauben, einen Wiederaufbau der Wirtschaft mit Ihren Machtmitteln durchzuführen zu können, daß die Millionen von Hand- und Kopfarbeitern die Träger der Wirtschaft sind. Deren Rechte können Sie nicht ignorieren. Wir haben dabei zum Ausdruck zu bringen, daß die Gelder, die Milliarden, die hier für die Werftbetriebe, für die Reedereien bewilligt werden sollen, unter keinen Umständen dazu dienen können, dem Kapital der Werften das Rückgrat zu steifen, um desto erfolgreicher den Kampf gegen die Arbeiter wieder aufzunehmen.

Wer sind denn die Herren, die hier an die Pforten des Reichstags klopfen und die Unterstützung des Reiches begehren? Wenn die Namen der Herren Thyssen, Krupp, Stinnes und anderer genannt werden, so sehen wir, daß wir es hier mit der Verdröpfung des Großkapitals zu tun haben, das auf allen Gebieten, von der Erz- und Kohlengrube bis zur Güttenindustrie und bis zur Werft, herrschen will. Wenn hier gar von einem der Herren in der Diskussion von "wollenden Reedern" gesprochen worden ist, so kann ich darauf nur sagen: wenn einmal zu untersuchen wäre, welche Schichten der deutschen Bevölkerung durch den Krieg am meisten in Not geraten sind, so würde die Antwort lauten: die Werftgewaltigen und die Reedereiunternehmer wahrlich nicht!

Wenn hier Milliarden gespendet werden sollen, dann verlangen wir, daß in diese Beträge als Grundbedingung geordnete Lohn- und Arbeitsverhältnisse, ein Mitbestimmungsrecht der Arbeiter, die Anerkennung tariflicher Bestimmungen und die Gewährung eines Existenzminimums mit aufgenommen werden. Wenn wir die Forderungen der Reeder betrachten, so müssen wir sagen, daß es wohl kaum einen Industriezweig gibt, der mit den Löhnen so nachhinkt wie die Werftindustrie. Wenn Herren vom Reichsarbeitsministerium anwesend sind, so werden sie mir bestätigen, daß keine Unternehmergruppe Deutschlands sich der Verbesserung von Lohn- und Arbeitsbedingungen so hartnäckig und brutal widersetzt wie die Werftgewaltigen. Darum haben wir hier zu verlangen, daß in den Vertrag Kaufleute aufgenommen werden, die das Existenzminimum der Arbeiter sichern.

Ich will aus der Fülle des Materials einige Kämpfe der letzten Wochen herausgreifen, um Ihnen den Nachweis zu bringen, daß weder die Differenzen in Vegesack und Flensburg, noch die in Stettin auf Zufälligkeiten beruhen. Nein, meine Damen und Herren, es handelt sich hier um ein planmäßiges Vorgehen. Die deutschen Werftbetriebe bilden diejenige Unternehmergruppe, die den anderen deutschen Unternehmern voranzuschreiten möchte, um die Arbeiter im Zeichen der schwersten Wirtschaftskrise nach Möglichkeit zu Boden zu zwingen. Wir wollen darauf hinweisen, daß es uns nicht unbekannt ist, daß die deutschen Arbeitgeber vor einigen Monaten beisammen waren und ihre Pläne geschmiedet haben. Es ist uns nicht unbekannt, daß sie seit Monaten planmäßig darauf hinarbeiten, um die Arbeiter zu provozieren und mit tüchtigsten Ausperrungen auf das Straßenpflaster zu bringen, um dann nach erfolgter Ausperrung nach der Parole zu handeln, daß nur 80 bis 85 Prozent der Arbeiter wieder zur Einstellung gelangen sollen. Sie wollen hier 4,7 Milliarden aufwenden, um der Arbeitslosigkeit zu steuern. Aber dem stellen Sie die Tatsache gegenüber, daß das deutsche Arbeitgebertum dabei ist, die Arbeitslosigkeit zu vergrößern, aber nicht sie zu reduzieren. Als vor Weihnachten der letzte Schiedsspruch der Werften erfolgte, der nur ganz minimale

Lohnzugeständnisse brachte, als ihn die deutschen Werftbetriebe erst anerkannten, nachdem das Reichsarbeitsministerium diesen Schiedsspruch für verbindlich erklärt hatte — was geschah nun? Zunächst die gleiche Forderung bei den Landbetrieben in Hamburg. Keine Bewilligung! Der Streik brach aus, und wer steht hinter dem Druck der Landbetriebe? Niemand anders als die Werftgewaltigen. Die Arbeiter der Landbetriebe stehen in der zehnten Woche um beschriebene Lohnforderungen im Streik. Eine Bewilligung wird ihnen nicht zuteil. Jetzt kommen die Provokationen: Bremen, Vegesack, Flensburg und Stettin! Als in Flensburg die Werftarbeiter sich weigerten, ein Schiff vom Stapel zu lassen, das den Namen "Lirpik" tragen sollte, wurden sie ausgeperrt.

Ich komme mit einigen Worten auf Stettin. Kollege Erteleng hat die Dinge nicht ganz richtig dargestellt. Ich muß ihm also etwas helfen, um die Dinge in das rechte Geleise zu bringen. Herr Kollege Erteleng sagte, der Streik in Stettin sei folgendermaßen entstanden. Als die Schiffbauer nach einem Abkommen im vorigen Jahre ihrerseits für die freie Gewerkschaft zwei Vorschläge für Unternehmer machten, wurden diese akzeptiert, als dann seitens der Kirch-Dunderschen Gewerkschaft ebenfalls Vorschläge gemacht wurden, seien auch diese Vorschläge akzeptiert worden, und nun erst habe der Kampf bei den Arbeitern eingesetzt. Nein, Herr Kollege Erteleng, so stimmt es leider nicht! Der Betriebsrat ist ein Ganzes, wie Sie wissen, auch wenn er sich nach paritätischen Wahlen zusammensetzt und dementsprechend sind die Vorschläge. Ich habe, nachdem Sie diese Ausführungen hier machten, mich bei dem Bezirksleiter aus Stettin vergewissert und er erklärte mir erneut, daß Ihre Behauptungen falsch sind. Sie stimmen nicht! Die Kirch-Dunderschen haben keine Liste eingereicht. Sollte es aber doch der Fall gewesen sein, dann haben es nur einzelne Mataboze hinter dem Rücken der gesamten Arbeiterchaft gemacht. Also

## Arbeiter

Tretet beiseite: laßt uns vor:  
Wir haben nicht Zeit zum Schwätzen:  
Wir müssen schaffen und schöpfen! —  
— Dinein in die Schlünde des Bergwerks!  
Steinbruch! Wir kommen.  
He-ht! Es pfeifen Fabriken.  
Die Hand an die Kurbel!  
Läset die Leinen der Schiffe!  
Bootsmann, die Mannschaft auf Deck!

Und dann — wie es poltert und rasselt!  
Seiltrommeln schlürfen. Steinsplitter sausen.  
Hochöfen zischen, Drehbänke kreischen.  
Maschinen —: sie tanzen!  
Rot braust der Sturm.  
Alles ist glühend: alles muß werden!  
Wir — wir sind die Former!  
Wir — wir sind das Leben!  
Tretet beiseite: laßt uns vor:  
Wir haben nicht Zeit zum Schwätzen:  
Wir müssen schaffen und schöpfen:  
Ernstlich nützen die Zeit —  
Sonst wird die Menschheit verkommen!  
Arbeit: Arbeit heißt Leben! Max Dortu.

Ein buntes proletarisches Blätterbuch.  
(Verlag „Freiheit“, Berlin.)

hier liegt kein offizieller Vorschlag vom Betriebsrat vor! (Abg. Erteleng: falsch!) Herr Kollege Erteleng! Sie sollten als Mitglied einer Gewerkschaft doch auch die Dinge unserer Zeit etwas erkennen, auch wenn Sie nicht auf dem Boden unseres Standpunktes stehen. Stettin ist nichts anderes als eine Fortsetzung der elendesten Provokation der deutschen Werftarbeiter.

Die Werftbetriebe in Stettin haben das Abkommen rücksichtslos durchbrochen. Das ist der Kern des Streits. Dem sehen die Schiffbauer Widerstand entgegen, und auf den Widerstand der Schiffbauer erfolgte im Handumdrehen die Ausperrung der gesamten Arbeiter der Werft in Stettin. Dann wurden von der Werftdirektion 5 Forderungen aufgestellt. Ich will nur einige zitieren. Eine dieser Forderungen lautete: eine andere Regelung des Akkords; das heißt auf gut deutsch: eine Verschlechterung der Lohnbedingungen. Eine andere Forderung lautete: Wiedereinstellung der Arbeiter nur insoweit, als sie keine anderen bebröht und belästigt haben. Das heißt wiederum auf gut deutsch: was irgend ein Denunziant austritt und sagt, der oder jener hat mich belästigt, liegt er auf dem Straßenpflaster. (Zuruf von den D.D.) Ach, erzählen Sie doch keine Häusergeschichten, sondern bleiben Sie bei der objektiven Feststellung. Herr Kollege Erteleng, es möge Ihnen von dieser Stelle einmal gesagt sein: Arbeitervertreter haben sich jedenfalls heute viel mehr Ursache sich zusammenzufinden im Kampf gegen die Unterdrücker der Arbeiter, als daß sie Handlangerdienste leisten, Häusergeschichten erzählen und sagen: Seht, hier sind Gewalttätigkeiten!

Die Werftarbeitervertreter haben trotz alledem versucht, die sämtlichen 5 Forderungen bis auf die Entlassung derjenigen, die andere belästigt haben sollen, einigermaßen zu akzeptieren, um es nicht zum Gesamtkampf kommen zu lassen, weil sie die Absichten durchschauten. Und was geschah nun? Hier kann ich mich jedenfalls auf für das gesamte Haus prominente Vertreter beziehen. Selbst der Oberpräsident und andere Vertreter der preussischen Regierung, die jene Verhandlungen geführt haben, mußten gleich den Arbeitervertretern anerkennen: hier ist alle Mühe umsonst, weil die Unternehmervertreter einfach keine Einigung wollten.

Ich habe festzustellen, daß es am ersten Abend noch möglich schien, eine Einigung zu erzielen. Als die Arbeitervertreter mit dem Oberpräsidenten und den Werftbetreibern am anderen Nachmittag wieder zusammen kamen, halten inzwischen unsere Vertreter von einem Telegramm Kenntnis bekommen: "Keinerlei Zugeständnis!" Der Herr Direktor Wallwitz von der Vulkanwerft in Hamburg war erschienen und da gab es keine Zugeständnisse mehr, sondern es bedeutete den Kampf. Warum? Weil die Werften die Ausperrung wollten. Sie wollten 50000 oder 60000 Werftarbeiter unter allen Umständen ausperrern, nicht um der Arbeitslosigkeit zu begegnen, sondern um weitere Arbeitslosigkeit zu schaffen. Wenn der Regierungsvertreter hier sagt, die Vorlage soll dazu dienen, die Arbeitslosigkeit zu lindern, dann wollen wir die Regierung einmal fragen: achtet sie auf solche Vorgänge? Was geschieht seitens der Regierung, um solchen Vorgängen zu begegnen?

Ich gehe nicht darauf ein, daß sich die Stettiner und andere Vorgänge in einem Zeittermin abgespielt haben, in dem das Schicksal Deutschlands an der Hand der Londoner Verhandlungen viel leicht auf Jahrzehnte hinaus festgelegt wird. Aber eins kann ich schon sagen: Appelliert man an uns und sagt man: Seht euch vor, daß eure Nerven in diesen Tagen auf die Londoner Verhandlungen nicht störend wirken, dann möchte ich die Herren freundlichst bitten, daß sie den Werftgewaltigen in Stettin, Flensburg und anderen Orten sagen: Seht ihr euch erst einmal vor, daß ihr nicht zur Störung der Verhandlungen beiträgt. Und wenn eins noch fehlt, um den Londoner Verhandlungen zu sagen: in Deutschland ist noch der alte Kapitalismus, die alte Reaktion am Werke, dann war durch diese Vorgänge die Verstärkung gegeben. Was macht die Regierung, wenn Arbeiter gezwungen sind, zum Streik zu greifen? Dann heißt es: lebenswichtige Betriebe, dann kommt die technische Hilfe, dann kommt die Reichswehr, dann kommt die Sipps, dann kommen die Vergewaltigungsgefesse, dann werden Verhaftungen vorgenommen. Ja, wir haben erst unlängst beim Streik im Weslager Gebiet die Tatsache zu verzeichnen, daß ein Simburger Landgericht

im Jahre 1921 es magt, auf Aufforderung von Unternehmerseite in Weslar zum Streikpostenverbot zu greifen.

Ich kann nur eins erklären: Ob man im Jahre 1921 glaubt, durch Streikpostenverbote den wirtschaftlichen Kampf unmöglich zu machen oder nicht, die deutsche Arbeiterklasse hat unter den schlimmsten brutalsten Vergewaltigungsgefesse von Bismarck ihren Kampf geführt; sie wird es auch in der Gegenwart und Zukunft fertigbringen, ob mit oder ohne Streikpostenverbot. Aber den Bedingungen der Regierung bei Streiks der Arbeiter in sogenannten lebenswichtigen Betrieben wollen wir doch gegenüberstellen: Was macht die Regierung, wenn es sich um Kämpfe handelt, die durch die brutalsten Provokationen des Unternehmertums herbeigeführt werden? Ist sie auch dann bereit, im Interesse der deutschen Wirtschaft, der Arbeit und des Handels wenigstens vermittelnd einzugreifen, um solche Kämpfe sich nicht auswachsen zu lassen? Das steht auf einem anderen Blatt Papier. Dann hört und sieht man allerdings von der Seite der Regierung nichts.

Wichtig bleibt das Eine: Wir lassen uns den Kampf, wie wir ihn aufnehmen haben, nicht von der Taktik des Unternehmertums vorführen, sondern wir werden die Kampfweise und den Kampf selbst so wählen, wie wir das für notwendig und im Interesse der Arbeiter für gelegen halten.

Aus diesem Grunde und aus anderen gehe ich nicht ein auf die Bemerkungen des Kollegen Reich, der von den Gewerkschaftsführern und deren Schödnarrten für das Kapital sprach, und was andere schöne Redensarten mehr sind, die wir bei jeder Gelegenheit vom Morgen bis zum Abend aus kommunistischen Munde hören können. Ich habe es nicht nötig und meine Parteifreunde ebensovienig, uns gegen Arbeitsgemeinschaften zu verteidigen, weil wir sie stets und ständig an jeder Stelle abgelehnt haben. Wenn der Herr Regierungsvertreter sagt, die Vorlage solle dazu dienen, um einige kleine Reedereien durchzubringen, dann haben wir die Forderung zu stellen: Sozialisierung auch auf diesem Gebiete! Wollen wir gesunde Zustände auch auf dem Gebiete der Werften, auf dem Gebiete der Schiffahrt haben, dann bleibt nichts anderes übrig, als das zu tun, was wir fordern, was für Kohle und Eisen, was für den Verkehr wie auch für den Schiffbau gilt, eine sozialistische Wirtschaft anstelle kapitalistischer Ausbeutung und Unterdrückung. Dafür werden wir kämpfen, bis daß es Wirklichkeit werde!

## Der heilige S. Dr. Alphons Maria de Liguori und Lenin

Im Jahre 1881 erschien bei Georg Joseph Manz in Regensburg in zweiter Auflage auf 4780 Textseiten die "Theologia moralis des S. Dr. Alphons de Liguori", redigiert von P. Michael Sanger.

Die Päpste Gregor XVI., Pius IX. und Leo XIII. haben diese Moraltheorie als die sichere Norm für alle Fragen der Moral erklärt und die Vorschriften dieser Moral für alle kirchlichen Studien, christlichen Übungen und als Norm für die Leitung der Gewissen empfohlen.

A. M. de Liguori folgte in seinem Lehren vielfach den Grundsätzen, die Thomas von Aquino (1225 bis 1274) aufstellte, und beide gelten als die besten Kirchenlehrer. Vor allem ist es der Orden der Jesuiten, der grundsätzlich die Lehre von Liguori sich zu eigen machte und bei all seinen Handlungen die von diesem gelehrte Moraltheorie als Richtschnur nahm.

Wir wollen uns jedoch an dieser Stelle nicht mit der Moraltheorie des A. M. de Liguori im ganzen befassen, dies würde mehr wie zu weit führen, sondern nur nachweisen, daß diese Rechtslehre der Jesuiten schon vor mehr als 700 Jahren die gleichen moralischen Grundsätze aufstellten, die Lenin und die Vertreter des modernen Kommunismus heute als Evangelium ihren Nachfolgern empfehlen.

In dem Abschnitt über den Probabilismus (Wahrscheinlichkeitslehre) stellen Liguori und Th. v. Aquino die genau gleichen Grundsätze auf, die Lenin aufstellt. Der Probabilismus ist eine Lehre, die keine sichere Erkenntnis der Wahrheit anerkennt. Er ist ein jesuitischer Grundsatz, der jede Handlung für gerechtfertigt erklärt, für deren Güte sich ein wahrscheinlicher Grund angeben läßt.

Liguori rechtfertigt z. B. den falschen Eid durch die restrictio non puro mentalis (den nicht bloß geistigen Vorbehalt), indem er sich die Grundsätze von Th. v. Aquino zu eigen macht. Er führt aus: "Etwas anderes ist es, die Wahrheit zu verschweigen, ein anderes, das Falsche zu behaupten. Es ist nicht erlaubt, eine Lüge zu sagen, um einen andern aus einer Gefahr zu befreien, die doch ist es erlaubt, die Wahrheit klug zu verbergen unter irgendeiner Form der Maskierung des wahren Sachverhaltes."

Und weiter heißt es Lig. Theol. mor. II, n. 171, p. 269: "Wer nur äußerlich schwört, ohne Absicht, zu schwören, ist an der Schwur nicht gehalten."

Was sagt nun Lenin in seinem Schriftchen: "Ob Revolutionäre in reaktionären Gewerkschaften arbeiten sollen?". "Es ist zweifellos, daß die Herren Führer des Opportunismus zu jeglichen Revolutionen der bürgerlichen Diplomatie, zur Unterstützung der bürgerlichen Regierung und Waffen, der Polizei und der Gerichte Zuzustimmung nehmen werden, um die Kommunisten nicht in die Gewerkschaften zuzulassen, um sie auf jede Art und Weise aus denselben zu verdrängen, ihnen die Tätigkeit innerhalb der Gewerkschaften möglichst unangenehm zu gestalten, sie zu belästigen, zu hegen und zu verfolgen. Man muß alledem zu widerstehen verstehen, zu jeglichen Opfern bereit sein, sogar — falls es nötig ist — verschiedene Winkelzüge, List, illegale Methoden, Verschweigen, Verbergen der Wahrheit anwenden, um nur in die Gewerkschaften einzudringen, dort zu bleiben, innerhalb derselben um jeden Preis kommunistische Tätigkeit zu entfalten."

Und nun sage mir einer, welcher Unterschied besteht zwischen der Moraltheorie, die ein Thomas v. Aquino, ein Alphons de Liguori und Ulanow Lenin lehrt? Keiner. Höchstens der, daß so unvertreten selbst nicht einmal die Jesuiten zur Zeit der höchsten Blüte ihres Ordens mit der Wahrheit umsprungen sind, als wie die Schüler von Lenin und ihr Meister es heute tagtäglich zu tun belieben. Beide scheinen einander wert zu sein, beide haben die Volkseele vergiftet und verdorben und unsagbares Unglück über Völker und Nationen gebracht. S i e g r i m.

## Die Tat

Der lebensfrohe Bollenfisch kann nicht leben ohne die Tat. Untätigkeit ist ihm Tod. Tat ist Leben. Alles Denken und Fühlen verlangt gebietetisch nach der Tat. Die Tat allein ist das Glück. Die Tat allein ist Befreiung, Erlösung.

Der Mensch, der fühlt, hat auch den unüberstehllichen Drang zum Handeln. Schon der Schmerz zwingt zum Tun. Hinausstürmt der Mensch, wenn der Schmerz ihn packt. Und wenn die Freude ihn erfüllt, dann kann seine Tat nicht groß genug sein, dann möchte er mit der vollen Stärke seiner Arme umschlingen die ganze Welt. "Seid umschlungen, Millionen!"

Kann es da anders sein, als daß Religion auf das Innigste verbunden ist mit dem Leben, wahre Religion. Wer Religion er-lebt, muß auch handeln, und je tiefer und inniger er religiös empfindet, um so größer muß die Tat sein, soll sie Befreiung geben der verlangenden Menschenbrust.

Darum waren auch alle großen religiösen Geister Männer der Tat. Laten verlangten die Propheten des "Alten Testaments". "Seid Täter des Worts", sagte auch Jesus.

Kann es aber eine gewaltigere Tat geben als die Neubildung und Formung des gesamten Zusammenlebens? Wir sind die Träger dieses Gebaltens. Wir wollen durch unseren gewerkschaftlichen Kampf das Alte niederbringen und zugleich den Boden schaffen für das Neue. Und darum müßten all die großen religiösen Meister, lebten sie heute, auf unserer Seite sein, da ihr tiefes, inniges religiöses Fühlen nur Befreiung finden könnte in dieser größten Tat der Gegenwart, der proletarischen Weltgestaltung.

### Reichskonferenz der Senfenschmiede

Im Gewerkschaftshaus zu Barmen tagte am 23. Januar 1921 die erste Reichskonferenz der im Deutschen Metallarbeiter-Verband organisierten Senfenschmiede. Die Konferenz war von 10 Delegierten aus den wichtigsten Zentren der Senfenindustrie besetzt. Ferner nahmen Vertreter aus dem an dieser Industrie stark beteiligten Ortsverbanden teil sowie zwei Vertreter der Bezirksleitungen. Die Tagesordnung lautete:

1. Bericht über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Senfenindustrie. Referent: H. Wallbrecht (Köln).
2. Allgemeine Aussprache.

Dem ersten Punkt der Tagesordnung wies Kollege Wallbrecht auf die vom Vorstand verfassten Fragebogen hin und bemängelte die Ausfüllung derselben. Das durch die Fragebogen erhaltene Material könne lediglich als Einleitung, als Information, nicht aber als Grundlage der heutigen Verhandlungen dienen. 14 Firmen haben berichtet. Von den in der Senfenindustrie beschäftigten Arbeitern sind 85 Prozent im D.R.-V. organisiert. Das Organisationsverhältnis sei am günstigsten im Süddeutschland. Die Arbeitszeit beträgt im allgemeinen 48 Stunden pro Woche, kürzere Arbeitszeit bis auf 45 Stunden wöchentlich hätten einzelne Betriebe in Süddeutschland sich errungen. Wallbrecht beklagte hierbei die Halsstarrigkeit der rheinisch-westfälischen Industriellen gegen die Verlängerung der Arbeitszeit. Die Lohnzahlungen erfolgen mit Ausnahme von drei Betrieben, die kürzere Termine haben, alle 14 Tage. Die Bezahlungen werden sehr verschiedenartig gehandhabt, ebenso verschiedenartig wurde der Begriff "Sacharbeiter" ausgelegt. Die Aussprache mußte gerade auch diese beiden Punkte zu Äußerungen verleiten. Die Hälfte der Senfenbetriebe sei in Kollektive Tarifverträge eingeschlossen, während die andere Hälfte besondere Tarife habe, die sich zum Teil an örtliche Abkommen anlehnen. Verschiedene Firmen stellen billige, aber sehr verwickelte Verzinsungen zur Verfügung, die von den Kollegen als Mattentöcher bezeichnet werden. Kollege Wallbrecht wies auf die Wichtigkeit der genauen Lohnzusammenstellungen pro Tag und Woche hin und wünscht, daß die Aussprache fruchtbar sein möge, damit die Reichskonferenz im Interesse der Senfenarbeiter und darüber hinaus für die Gesamtorganisation gute Arbeit leiste.

In der Aussprache erhält das Wort Kollege Vogt (Gasse): Er macht längere Ausführungen zur allgemeinen Lage der Senfenindustrie, meint dabei, daß die von Wallbrecht angeführten Preisunterschiede auf die Verschiedenartigkeit der technischen Betriebsrichtungen, wohl auch auf Transportkosten zurückzuführen seien. Er weist auf früher stattgefundene Bezirkskonferenzen hin und kritisiert die niedrigen Löhne in den süddeutschen Betrieben.

Der Herr (Köln-Kraß) schildert die Entwicklung der Senfenindustrie, zieht die ökonomische Konkurrenz und das Behelingswesen in den Kreis seiner Betrachtungen. Er bringt an Hand von Material den Nachweis, daß die Unternehmer nach wie vor schwarze Listen führen zu dem Zweck, unbezogene Arbeiter brotlos zu machen. Legt dann die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Salter Senfenindustrie dar.

Grammel (Hagen) weist auf die verschiedenen Betriebsrichtungen hin, verlangt die Zusammenlegung der vielen Berufsgruppen in zwei Gruppen und gibt das Resultat von Fragebogen bekannt, das einen Überblick über die Preisunterschiede der wichtigsten Lebensmittel gibt.

Wollmann (Rehm) ersucht, bei allen Rundfragen nicht zu vergessen, sich vorher mit der Verwaltung zu verständigen, auch sollen alle derartigen Fragebogen dem Verwaltungsausschuß zugehen, damit nicht Unberufene Angaben der Betriebsräte missbrauchen. Er hält die Zeit für Schaffung eines Reichstarifs sehr ungünstig und betont, daß durch regelmäßige genaue Angaben der wirklichen Lohn- und Wochenverdienste der Boden zur größeren Einmütigkeit der Löhne geschaffen werden müsse. Gibt dann eine Übersicht über die Geschäftslage der Senfenindustrie im allgemeinen und berichtet von der letzten Lohnverhandlung des Rührer-Berichts.

Inzwischen ist ein Schreiben des Österreichischen Metallarbeiter-Verbandes eingetroffen. Kollege Wallbrecht weist darauf hin, daß namentlich die internationalen Beziehungen der Reichskonferenz hergestellt seien und gibt auch dem Schreiben folgendes bekannt: Der Verband habe von einer Kündigung des Senfenarbeitertarifs Abstand genommen. In Österreich bestehe ein Zentralarbeitsnachweis für Senfenarbeiter. In der Senfenindustrie würden nur Arbeiter zugelassen, die mindestens 3 Monate gewerkschaftlich organisiert sind. Die Gesamtzahl der Beschäftigten beträgt 2732, sämtliche sind im Österreichischen Metallarbeiter-Verband organisiert. Es ist eine Mindestleistung pro Tag festgelegt. Die Mehrzahl der Werke arbeitet mit Wasserkraft. Die Arbeiter wohnen in Betriebswohnungen mit dazu gehörigen Gemüsegärten.

Beber (Friedrichstal) stellt die Zahl der im Senfenbetrieb beschäftigten Arbeiter richtig, sie beträgt 95 bis 100 Arbeiter. Die dort hergestellten Senfen sind erstklassige Qualitätsarbeit, dieses sei am besten daran zu erkennen, daß die Lohngleichheit der Rührer 200 Senfen beträgt, dagegen in anderen Betrieben 7 bis 800. Die Transportkosten wären sehr erheblich. Exportware würde nicht fabriziert.

Egger (Oberfels) wünscht Einteilung der Verhandlungsmaterie in bestimmte Gruppen, befürwortet die Einführung eines Mindestlohnabkommens sowie Zusammenfassung der Gruppen. Bei Verhandlung soll der Verdienst mindestens 25 Prozent über dem Mindestlohnabkommen liegen.

Baum, Rühlbach (Weyern), legt dar, wie die dortigen Senfenarbeiter durch Ringelziehen in den Landesstarif befristet sind, bessere Löhne für sich herauszuholen. Der derzeit gezahlte Stundenlohn für erste Arbeiter betrage 3,65 M.

Eilenburg (Köln-Kraß) begründet seine Stellungnahme auf den vorigen Bezirkskonferenzen gegen Bezirks- und Reichstarif. Er geht des weitern auf die Lebenshaltung der Arbeiter ein, erläutert Kosthöflichkeit, Betriebsbedingungen und Arbeitsmethoden sowie die Verschiedenartigkeit der erzeugten Waren in der Senfenindustrie. Er empfiehlt, um eine zentrale Regelung der Löhne zu ermöglichen, zunächst Anlehnung an die örtlichen Tarife.

Perichel (Hagen) schlägt einen von ihm entworfenen Fragebogen vor und gibt den Entwurf eines Reichstarifs bekannt.

Wallbrecht (Köln) unterbreitet der Reichskonferenz eine Resolution, in der die zum Anstand gebührende Rücksicht und Forderungen laut ausgesprochen sind. Im Schlußwort erläutert er nochmals die Resolution, weist mit Nachdruck auf die Wichtigkeit einer gewissenhaften Lohnpolitik hin, bezieht die Reklamationsangelegenheiten und ihre Beziehungen auf die Solidarität zwischen den Verbänden gegenseitig und betont ganz Schluß, unter allen Umständen in dieser schweren Zeit die Geschlossenheit der Organisation im Interesse der Mitglieder und der Allgemeinheit zu wahren.

Die vorgelegene Resolution wurde einstimmig angenommen und lautet: Die am 23. Januar 1921 in Barmen tagende Reichskonferenz der Senfenschmiede verlangt, daß in Zukunft mit allen Mitteln dahin gearbeitet wird, den Grundsätzen der Senfenschmiede möglichst einheitlich für das ganze Reichsbereich festzusetzen. Bei den wichtigsten Lohnverhältnissen wird angestrebt sein, daß für die Senfenschmiede in den wichtigsten Lohnverhältnissen Löhne festgelegt werden, die den von den verschiedenen Firmen der Senfenschmiede gezahlten gleichen. Die Löhne haben die Verpflichtung, vor jeder Lohnbewegung der Zentralstelle der Senfenschmiede beim Gewerkschaftsrat Mitteilung zu machen, um eine Überwachung der Lohnhöhe im Reich herbeizuführen. Damit nun die Zentralstelle über die gesamten Verhältnisse auf dem laufenden bleibt, verpflichtet sich die Konferenz, die Arbeiter resp. Betriebsräte aller Senfenschmiede zu verpflichten, genaue Lohnzusammenstellungen zu machen, die von Lösung zu Lösung der Zentralstelle einzureichen sind. Die Zentralstelle ist gehalten, alle 6 Wochen eine Zusammenfassung der Senfenschmiede herzustellen und den Kollegen zugänglich zu machen. Als Einzelblätter zwischen der Zentralstelle in Stuttgart und den Mitgliedern nach ein Reichsbereichsamt der Senfenschmiede gedruckt, welcher in enger Verbindung mit der Zentralstelle zu arbeiten hat.

### Die Arbeitslage in der Eisen-, Stahl- und Metallindustrie

In der letzten Woche des Monats Februar ist aus 675 Betriebsarten über 26.807 Betriebe und 1.919.182 Arbeiter ein Bericht über die Arbeitslage gebucht worden. Die Gesamtzahlen ergeben folgendes:

|                 | Berichtswoche    |                  | Vorwoche         |                  |
|-----------------|------------------|------------------|------------------|------------------|
|                 | Betriebe absolut | Arbeiter absolut | Betriebe absolut | Arbeiter absolut |
| Vollbeschäftigt | 28560            | 93,1             | 17765            | 92,6             |
| Stillgelegt     | 273              | 1,1              | 5900             | 0,8              |
| Kurzarbeit      | 1474             | 5,8              | 13674            | 7,1              |
|                 |                  |                  | 23839            | 93,4             |
|                 |                  |                  | 1755             | 130              |
|                 |                  |                  | 295              | 1,2              |
|                 |                  |                  | 1384             | 6,4              |
|                 |                  |                  | 138851           | 7,1              |

Die Zahl der Vollbeschäftigten und Kurzarbeiter hat sich erhöht, die Stillgelegten Betriebe haben sich etwas vermindert.

Wie sich die Lage innerhalb der Bezirke gestaltet, zeigt folgende Aufstellung:

| Bezirk       | Betriebe absolut | Arbeiter absolut | Vollbeschäftigt |          | Stillgelegt |          | Kurzarbeit |          |        |
|--------------|------------------|------------------|-----------------|----------|-------------|----------|------------|----------|--------|
|              |                  |                  | Betriebe        | Arbeiter | Betriebe    | Arbeiter | Betriebe   | Arbeiter |        |
| Königsberg   | 26               | 245              | 15701           | 224      | 15010       | —        | —          | 21       | 691    |
| Stettin      | 54               | 694              | 38562           | 664      | 38651       | 9        | 723        | 21       | 1178   |
| Breslau      | 51               | 1091             | 142435          | 1046     | 138678      | 6        | 406        | 39       | 3851   |
| Brandenburg  | 44               | 608              | 43584           | 549      | 39814       | 7        | 135        | 52       | 3685   |
| Dresden      | 50               | 1414             | 180387          | 1177     | 160469      | 12       | 552        | 225      | 19339  |
| Erfurt       | 51               | 890              | 59985           | 814      | 52689       | 11       | 469        | 65       | 6847   |
| Hannover     | 44               | 588              | 59588           | 566      | 55881       | 4        | 86         | 18       | 3621   |
| Halle        | 42               | 469              | 88696           | 446      | 86011       | —        | —          | 23       | 2635   |
| Hamburg      | 55               | 4767             | 144159          | 4745     | 143417      | 2        | 60         | 20       | 682    |
| Hiesfeld     | 19               | 276              | 34333           | 270      | 33683       | 1        | 25         | 5        | 625    |
| Essen        | 15               | 766              | 324647          | 754      | 322641      | 1        | 60         | 11       | 1946   |
| Hagen        | 23               | 5853             | 166869          | 5417     | 131222      | 19       | 564        | 417      | 25088  |
| Köln         | 19               | 610              | 118109          | 560      | 110688      | 1        | 60         | 49       | 7361   |
| Frankfurt/M. | 60               | 1307             | 174709          | 1179     | 164961      | 34       | 727        | 94       | 9021   |
| Stuttgart    | 68               | 2202             | 215893          | 1922     | 184693      | 7        | 311        | 273      | 30891  |
| Mürnberg     | 68               | 8527             | 121533          | 3227     | 100022      | 159      | 1722       | 141      | 19789  |
| Zus.         | 675              | 25307            | 1919182         | 23560    | 1776537     | 273      | 5900       | 1474     | 136745 |
| Vorwoche     | 666              | 25518            | 184780          | 23839    | 1755130     | 295      | 5799       | 1934     | 133851 |

Die Zunahme der Vollbeschäftigten entfällt auf die Bezirke Dresden, Hamburg, Hiesfeld, Essen, Stuttgart und Nürnberg. Besonders stark tritt die Zunahme im Bezirk Essen in Erscheinung. Eine Zunahme der Kurzarbeiter trat in sieben Bezirken ein, auffallend vermehrt in dem Bezirk Hagen. Ausschlaggebend hierfür war der Eintritt von Kronenberg zur Berichterstattung und die Arbeitslage in Barmen-Elberfeld, wo eine erhebliche Vermehrung der verkürzt arbeitenden Betriebe und Arbeiter eintrat.

Die besonderen Ermittlungen über die Kurzarbeit ergaben für die Berichtswoche folgendes. Es arbeiteten:

| Stunden   | in der Berichtswoche |                  | in der Vorwoche  |                  |
|-----------|----------------------|------------------|------------------|------------------|
|           | Betriebe absolut     | Arbeiter absolut | Betriebe absolut | Arbeiter absolut |
| 42 bis 45 | 143                  | 9,6              | 16116            | 11,8             |
| 36 - 41   | 458                  | 31,1             | 48863            | 35,7             |
| 32 - 35   | 348                  | 23,6             | 31676            | 23,2             |
| 24 - 31   | 464                  | 31,5             | 37281            | 27,3             |
| unter 24  | 62                   | 4,2              | 2809             | 2,0              |
|           |                      |                  | 147              | 10,6             |
|           |                      |                  | 14948            | 11,2             |
|           |                      |                  | 51760            | 38,7             |
|           |                      |                  | 31953            | 23,9             |
|           |                      |                  | 32415            | 24,2             |
|           |                      |                  | 2775             | 2,0              |

Die Zahl der in den Berichtorten vorhandenen Verbandsmitglieder belief sich in der Berichtswoche auf 151782. Davon waren 41671 arbeitslos. Das sind 2,74 v. H. gegen 2,93 v. H. in der Vorwoche. Der Rückgang entfällt in der Hauptsache auf Berlin. Die Zahl der von dort gemeldeten Arbeitslosen wird mit 14030 angegeben gegen 18925 in der Vorwoche. Als Kurzarbeiter wurden 69557 Mitglieder gezählt. Das sind 5,9 v. H. der Mitgliedschaft gegen 6,82 v. H. in der Vorwoche.

Reichsarbeitslosenunterstützung erhalten nach den vorliegenden Meldungen 26322 Arbeitslose. Die Kassen des Verbands bezahlten an Erwerbslosenunterstützung in der Berichtswoche 383354 M.

### Mitteilungen des Vorstandes

Mit Sonntag den 20. März ist der 13. Wochenbeitrag für die Zeit vom 20. bis 26. März 1921 fällig.

**Aufforderung zur Rechtfertigung:**  
Die nachfolgend genannten Mitglieder werden nach § 23 Abs. 3 des Statuts aufgefordert, sich gegen erhobene Beschuldigungen zu rechtfertigen.

**Auf Antrag der Verwaltungsstelle Berlin:**  
Der Schlosser Friedrich Jache, geb. am 9. August 1888 zu Berlin, Mitgliedsbuch Nr. 2.88614, wegen betrügerischen Manipulationen mit Sammelmarken.

**Auf Antrag der Verwaltungsstelle Friedeshütte:**  
Der Schlosser Karl Hübscher, geb. am 29. April 1899 zu Reudorf, Mitgliedsbuch Nr. 2.697522, wegen Nichtabrechnen mit Beitragsmarken.

**Auf Antrag der Verwaltungsstelle Landsberg a. H.:**  
Der Schlosser Hugo Jenger, geb. am 12. Mai 1899 zu Schwern, Mitgliedsbuch Nr. 3.99303, wegen Unterschlagung.

**Öffentlich gerügt wird:**  
Auf Antrag der Verwaltungsstelle Oberhausen:  
Der Metallarbeiter Fritz Krosch, geb. am 2. Mai 1902 zu Marienberg, Mitgliedsbuch Nr. 2.915112, wegen unkollegialen Verhaltens.

**Ausgeschlossen wird nach § 22 des Statuts:**  
Auf Antrag der Verwaltungsstelle Rastatt:  
Der Uhrmacher Otto Lachenicht, geb. am 17. Juli 1900 zu Elberfeld, Mitgliedsbuch Nr. 4.019402, wegen Nichtabrechnen von Beitragsmarken.

**Für nicht wieder aufnahmefähig werden erklärt:**  
Auf Antrag der Verwaltungsstelle Leipzig:  
Der Dreher Walter Euge, geb. am 3. Mai 1893 zu Leipzig-Koper, Mitgliedsbuch Nr. 1.796025, wegen Schädigung der Betriebsunterriehe.

**Auf Antrag der Verwaltungsstelle München:**  
Der Elektriker Martin Huber, geb. am 26. November 1876 zu Memmingen, Mitgliedsbuch Nr. 3.575865, wegen unkollegialen Verhaltens.

**Zurückgenommen wird:**  
Die in Nr. 46 der Metallarbeiter-Zeitung 1920 erfolgte Annahmehaltung der Mitgliedschaft des Schlossers Wilhelm Schäfer, geb. am 6. August 1870 zu Fobersleben, Mitgliedsbuch Nr. 3.333963.

**Schließen wurde:**  
Mitgliedsbuch Nr. 4.072252, lautend auf den Maschinenbauer Hugo Greiner, geb. am 21. November 1894 zu Jülich (Eifel).

**Der Vorstand.**

### Quittung

über die vom 1. bis 26. Februar 1921 bei der Hauptkasseneingegangenen Verbandsgelder.

Von Ahlen i. B. 12 000 M. Alena i. B. 25 000. Altenburg 30 000. Alt-Sarre 1000. Altritting 1500. Altwasser 27 000. Ambs 25 000. Andernach 4500. Ansbach 7732. Apolda 12 000. Arnha 20 000. Aschaffenburg 6000. Aschersleben 3000. Aue i. C. 100 000. Augsburg 113 000. Barmen-Elberfeld 50 000. Bayr 40 000. Bayreuth 5500. Belgard 500. Benndorf 25 000. Bergen i. 2000. Berlin 502 082,50. Berlinchen 700. Bernburg 3000. Berndorf 3000. Beuthen 48 000. Biberach (Niß) 1200. Bielefeld 115 000. Bitterfeld 50 000. Blankenburg a. S. 3000. Bochum 120 000. Bomm 20 000. Bonn 25 000. Borna 8000. Breslar 250. Bremen 90 000. Bremerhaven 50 000. Breslau 180 000. Brieg 4000. Brunnbüttelhafen 1400. Bunzlau 12 000. Burgdorf 1000. Burgbad 400. Celle 2000. Chemnitz 500 000. Clausthal 5000. Crimmitschau 30 000. Craßfen 1000. Cuxhaven 4000. Dassel 650. Demmin 1000. Dessau 55 000. Detmold 4000. Döbeln 15 000. Dorsten 3000. Dortmund 185 500. Dresden 250 000. Düren a. Rh. 25 000. Düsseldorf 250 000. Eberswalde 25 000. Ebingen 9000. Eilenburg 580. Eintracht 2000. Eintracht-Nordhausen 25 000. Eintracht 25 000. Eisenberg 2000. Elmshorn 7000. Elmshorn 21 000. Erfurt 35 000. Essen 204 000. Espingern 56 000. Eulau-Deuth 500. Fallau 180. Fallersleben 2500. Finsterwalde 30 000. Forchheim 2500. Forst 330. Frankenthal 50 000. Frankfurt a. O. 3000. Freiburg i. Br. 10 000. Freiburg i. Sch. 5000. Freudenstadt 2000. Friedeshütte 27 500. Friedland 1000. Friedrichshafen 12 000. Friedrichshafen 200. Fulda 13 000. Fürstentum 10 000. Furtwangen 5000. Gassen 400. Geithain 2400. Gera (Neuß) 30 000. Gevelsberg 100 000. Glauchberg 7000. Glogau 4000. Gmund 10 000. Götting 12 000. Götting 12 500. Gräfenhain 3000. Greifenhagen 1000. Greifsmald 1500. Greiz 7000. Großh. 7000. Gronau 2000. Großhain 7000. Groß-Mützen 6000. Groß-Schnau 1300. Gröna 5500. Gröna 20 000. Gummerbach 14 000. Gültzow 10 000. Gültzow 1200. Gabelschwert 500. Gagen i. B. 160 000. Gaiger 1500. Halle a. S. 90 000. Garmeln 10 000. Garm i. B. 20 000. Gansau a. S. 30 000. Hannover-Linden 300 000. Hattungen 38 000. Hausham i. 1000. Heide 1000. Heidenheim 15 000. Heilbronn a. N. 55 000. Helmstedt 12 000. Herford 6000. Herzberg a. S. 3000. Hettstedt 30 000. Hildesheim 30 000. Hildesheim 20 000. Hildesheim 25 000. Hohenburg 30 000. Hohenstein-Ernstthal 13 000. Hohenstein-Ernstthal 4500. Hörde i. B. 50 000. Hornberg (Schwarz.) 2000. Jägerb. 4000. Jähehe 1000. Jauer 5000. Jena 18 000. Kaiserlautern 70 000. Kalkmordheim 1000. Kamenz 2000. Karlsruhe 100 000. Kassel 82 000. Kaufbeuren 1500. Kempen 3000. Keula 4600. Kiel 160 000. Kirchen (Sieg) 4000. Koblenz 6000. Korb 6000. Korb 1325. Köln 200 000. Königsberg 60 000. Königsberg 1000. Königsberg 20 000. Konstanz 8000. Kottbus 4000. Kottbus 15 000. Kottbus 5000. Kottbus 6800. Krefeld 20 000. Krefeld 2000. Krashe 1500. Krashe 17 000. Krashe 2000. Landsberg 3000. Landsberg (Sieg) 1000. Landsberg 9000. Langenbielau 2500. Langensalza 2000. Lauterbach 7000. Lauterbach 10 000. Lauterbach a. S. 2500. Leipzig 1 000 000. Lenge 2500. Lichtenstein 2130,92. Lippstadt 10 000. Lützen 987,54. Lützen 1000. Lübeck 40 000. Lübz 1500. Lüdenscheid 60 000. Lüneburg 5000. Magdeburg 180 000. Mainz 100 000. Mannheim 100 000. Martranz 4000. Marktredwitz 6000. Meerane 14 000. Meißel 1500. Meißel 20 000. Merseburg 50 000. Meiningen 2000. Meuselwitz 8000. Mittweida 10 000. Mühlberg 2000. Mühlberg (Mittels.) 5000. Mühlheim (Rup.) 50 000. Münschen 160 000. Münschen-Glabbe 110 000. Münster i. B. 9000. Neife i. Sch. 3000. Neubrandenburg 6500. Neugersdorf 7500. Neumarkt i. S. 2500. Neumünster 10 000. Neuzode 9000. Neuzode 4000. Neuzode a. O. 11 000. Neuzode a. S. 7000. Neuzode i. S. 4000. Neuzode a. N. 10 000. Nießl 17 000. Norden 7000. Nordern 1500. Nordhausen 35 000. Nordlingen 1700. Nossen 6000. Obergribe 30 000. Oberhausen 70 000. Oberhausen 13 000. Oberan 3000. Ofenbach a. N. 30 000. Ogestein 6000. Orlanburg 7000. Orlau 1000. Oranienburg 2500. Pegnitz 3000. Peine 60 000. Peissenberg 2000. Penzig 1000. Pforsheim 230 000. Pflungstadt 1500. Plauen 9000. Pöhlitz 7000. Pries 6500. Primsenau 3000. Quidhorn 1000. Radeberg 10 000. Raguhn 2000. Rastenburg 775,10. Rathenow 80 000. Rathenow 5000. Regensburg 40 000. Reha 2000. Reichenbach i. Sch. 1500. Reichenbach i. Vogtl. 10 000. Reichenbach 100 000. Reichenbach 1200. Reichenbach 40 000. Reha 18 000. Rochitz 800. Rochweil 4000. Rothenitz 2200. Rühlband 2500. Rühlband 500. Saalfeld a. S. 20 000. Saara 1400. Saarbrücken 160 000. Salzgitter 1000. Salzgitter 2000. Sangerhausen 4000. St. Georgen 6000. Seib 2000. Senftenberg 26 000. Siegburg 20 000. Singen-Radolfzell 18 000. Solingen 150 000. Sommera 500. Soest 1647,62. Sonthofen 4000. Spremberg 5800. Sulz 40 000. Svinmünde 6000. Schmalkalden 20 000. Schmälde 10 000. Schneidemühl 1800. Schneidetz 13 000. Schöningen 8000. Schwaben 1500. Schwandorf 2000. Schwern 5000. Staßfurt 14 200. Stettin 100 000. Stolp i. Pom. 1400. Stolpen i. Sa. 4000. Straßenebersbach 3000. Striegan 6000. Stuttgart 170 000. Stuttgart, Einzelmitglieder 190. Tarnoburg 7800. Thale a. S. 20 000. Tordou 237,22. Trebnitz 300. Triebach 5000. Triebach 12 000. Trossingen 13 000. Trossingen 2000. Uelzen 2400. Uelzen 9000. Ullingen 12 000. Volpriehausen 698,65. Wahrenbach 1172. Wallau 3400. Wallendorf 776,25. Wahrenmünde 1024,20. Walsflingen 160,60. Weidenhausen 60 000. Weidenhausen 1500. Weidenhausen a. N. 2000. Weizlar 6000. Weizla a. S. 1250. Wilhelmshafen-Mühlungen 100 000. Wilhelmshütte 4000. Wismar 40 000. Witten-Gamm (Sieg) 12 000. Wittenberge 25 000. Wolfenbüttel 7000. Wolgast 1000. Worms 20 000. Würzburg 292,75. Würzen 35 000. Wutisflingen 2500. Zeitz 29 000. Zinnowitz 5000. Zossen 2000. Züllichau 1500. Zwickau 50 000. Sonstige Einnahmen 379 236,16 M.

Die Verwaltungsstellen, Bevollmächtigten und sonstigen Einsender von Geldern werden hierdurch dringend gebeten, vorstehende Quittung genau zu prüfen und etwaige Anstände sofort an uns zu berichten.

### Zur Beachtung! + Zugug ist ferngehalten

von Drahtziehern nach Magdeburg (Otto Mansfeld & Co., Silberfabrik und Präzisionszieherei) D.;  
von Formern und Gießereiarbeitern nach Eplingen (Eplinger Maschinenfabrik) M.; nach Saarbrücken (Schardt & Seymer, Maschinenfabrik) M.;  
von Gold- u. Silberarbeitern nach dem ganzen Gebiet der Schweiz; nach Leipzig D.;  
von Mechanikern nach Potsdam (Kaltenbach & Boigt und Wejanowski & Co.) D.;  
von Metallarbeitern aller Branchen nach Düsseldorf (Ja. Stefan Zimmermann, Maschinenfabrik) St.; nach Jülich a. N.; nach Hamburg St.; nach Heilgoland D.; nach Ludenwalde St.; nach Luxemburg D.; nach Rostock St.; nach Weizlar und Wlär St.  
D. = Lohnbewegung; D. = Differenzen; v. St. = Streit in Sicht; St. = Streit; M. = Maßregelung; W. = Währungs; U. = Unterstützung.  
Alle Mitteilungen über Differenzen, die zur Sperrung eines Orts oder einzelner Betriebe führen sollen, sind an den Vorstand zu richten. Anträge auf Sperrung von Orten müssen von den Ortsverwaltungen und Bezirksleitungen eingereicht werden und ausdrücklich begründet sein.  
Arbeitsuchende Mitglieder sind verpflichtet, auch wenn der betreffende Ort nicht in der Zeitung gesperrt ist, Erhaltung bei der zuständigen Ortsverwaltung oder, wo eine solche nicht besteht, beim Vorstand einzuholen. Das Schriftstück ist von der Verwaltung, der der Mitglied zurzeit angehört, zum Ausweis der Mitgliedschaft abzugeben zu lassen.

# OK Berichte

## Metallarbeiter.

**Wiesbaden.** Die Generalversammlung beschäftigte sich u. a. mit der Frage: Moskau oder Amsterdam? Die Diskussion endete mit folgender Entscheidung, die gegen eine kleine Minderheit angenommen wurde: Die am 13. Februar 1921 stattfindende Generalversammlung der Verwaltungsstelle Wiesbaden erklärt: Angesichts des Bruderkampfes, der zurzeit zum Schaden des gesamten Proletariats in der deutschen Arbeiterklasse tobt, stellt sich die Generalversammlung mit aller Bestimmtheit hinter die Beschlüsse des erweiterten Rates des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und damit auf den Boden der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale, die 28 Millionen freigeberisch organisierten Arbeiter umfaßt. Sie erhebt den schärfsten Einspruch dagegen, daß die Amsterdamer Internationale von den Vertretern der Moskauer Internationale als „gelbe Internationale“ beschimpft wird. Sie erklart in dem Bestreben, Teile der deutschen Gewerkschaften zur sogenannten „Roten Moskauer Internationale“ hinüberzuführen, eine schwere Gefahr für die Einigkeit und Geschlossenheit nicht nur der deutschen, sondern auch der internationalen Gewerkschaftsbewegung, dem zurzeit noch einzigen festen Bollwerk gegen die Kapitalistenklasse. Indem die Generalversammlung diese Bestrebungen auf das entschiedenste verurteilt, verpflichtet sie alle Mitglieder, stets für die Einigkeit und Geschlossenheit der Gewerkschaftsbewegung zu wirken, namentlich allen Sonderbestrebungen mit Nachdruck entgegenzutreten. Die Generalversammlung erwartet von allen maßgebenden Körperschaften, A.D.G.B., I.A. und Hauptvorstand, ein festes, klares Bekenntnis und Handeln für den Klassenkampf des Proletariats, vor allen Dingen und in erster Linie zurückhaltlos und mit allen gewerkschaftlichen Mitteln durchzuführen. Den Kampf für die Sozialisierung. Die darauf stattfindende Neuwahl zur Ortsverwaltung löste ebenfalls eine eingehende Aussprache aus. Von den insgesamt abgegebenen 1328 Stimmen erhielten die Anhänger Moskaus nur 165 Stimmen. Die alte Ortsverwaltung wurde wiedergewählt.

**Düsseldorf.** Eine Generalversammlung wie die letzte der Düsseldorf-Ortsverwaltung steht in der langen Geschichte der Düsseldorf-Ortsverwaltung — wie der hiesigen Arbeiterbewegung überhaupt — bisher einzig da. Und doch hat es hier in Düsseldorf im Laufe der Jahrzehnte an stürmischen Auseinandersetzungen im Parteileben im Gewerkschaftsleben gewiß nicht gefehlt. Aber der organisierte Kampf, wie er gestern in Groß-Düsseldorf bei Ausführungen der nicht-kommunistischen Mitglieder oft minutenlang einsetzte und wie in bewusster Absicht durch Stundenlange Geschäftsordnungsdebatten die Mitglieder aus dem Saal geredet wurden, und das mit Erfolg, das haben selbst die ältesten Mitglieder der Organisation noch nicht erlebt. Der Wiesenfall von Groß-Düsseldorf war für die Versammlung bei weitem zu klein; viele Hunderte mußten wieder umkehren. Die „Fraktion der Kommunisten“ hatte gut vorgeberichtet. Die Wahl der Bevollmächtigten und Kassierer beanspruchte eine verhältnismäßig kurze Zeit, da eine Gegenliste nicht aufgestellt war. Wiedergewählt wurden die Genossen Kronshage und Stahl als Bevollmächtigte sowie Lette und Werner als Kassierer. Die Wahl der Revisoren und Kassierer erfolgte per Stimmzettel nach dem Listenverfahren. Die Auszählung ergab 1374 bzw. 1273 Stimmen für die Liste der Nicht-Kommunisten, während die kommunistische Liste 1074 bzw. 1027 Stimmen erhielt. Der ganze übrige Verlauf der Versammlung — die Stimmzettelwahl erfolgte vor den Saaleingängen im Flur — drehte sich um die Wahl der Parteidelegierten. Den Metallarbeitern stehen nach dem Statut 114 Delegierte zu. Die Kandidatenliste derselben war, wie in allen Jahren, von den Branchenvereinigungen aufgestellt worden. Die Fraktion der Kommunisten schlug nur eine Gegenliste vor, die jedoch nur 48 Namen enthielt. Die Wahl per Handaufheben ergab eine Mehrheit für die Liste der Branchen. Nun aber setzte von der Gegenseite eine stundenlange Geschäftsordnungsdebatte ein, in der sich eingangs geschickte Szenen abspielten. Schließlich wurde, nachdem schon eine große Anzahl Mitglieder angewidert von dem Vornamen des Saal verlassen hatten, anderen aus demselben Grunde unmöglich war, dem Gange der Verhandlungen zu folgen, auch hier Stimmzettelwahl beschlossen. Das Ergebnis war 900 Stimmen für die kommunistische und 870 Stimmen für die Liste der Branchen. Nach erfolgter Geschäftsordnungsdebatte setzte sodann die sachliche Debatte über die Wahl der Ortsverwaltung ein, die sich schließlich in einem mühsam planmäßig organisierten Tumult verlor. Die Versammlung wurde daraufhin geschlossen.

**Wuppertal.** Kollege Mayer erläuterte in der Generalversammlung den Geschäftsbericht. Im Rassenbericht von Kollege Kampsberger kam zum Ausdruck, daß der Kampf ein ganz bedeutender war und unsere Rassenverhältnisse sich wesentlich gebessert haben. In der Diskussion wurden an die Geschäftsleitung verschiedene Anfragen gestellt, die von den Geschäftsführern beantwortet werden konnten. Bei Punkt Neuwahl ergab sich die Wiederwahl der jetzigen Verwaltung. Der Entwurf des Ortsstatuts, der vom Kollegen Kampsberger erläutert wird, findet nach kurzer Aussprache einstimmige Annahme. Unter den Anträgen stand der „Offene Brief“ an A.D.G.B. mit zur Debatte. Kollege Wauer (Salach) begrüßte denselben. Während seiner Ausführungen sowie auch der ihm folgenden Rede leerte sich der Saal, so daß die Abstimmung die Annahme desselben ergab. Es zeigte sich aber hierbei, daß die Masse der Arbeitererschaft für derartige Auseinandersetzungen innerhalb der Gewerkschaften nicht viel Interesse hat.

**Hannover.** Generalversammlung. Der Antrag, eine Büromöbel vorzunehmen, wird mit großer Mehrheit abgelehnt. Bei der Neuwahl der Ortsverwaltung wurde von den kommunistischen Kollegen beantragt, auf die von der erweiterten Ortsverwaltung aufgestellte Vorschlagsliste noch drei Kollegen der Kommunisten zu setzen. Bei der Abstimmung wird auch dieser Antrag gegen wenige Stimmen abgelehnt und die alte Ortsverwaltung mit derselben Stimmenzahl wiedergewählt. Eine längere Aussprache veranlaßte ein Antrag, alle Bekanntmachungen der Verwaltungsstelle wieder im kommunistischen „Volkswort“ zu veröffentlichen. Begründend führte der Antragsteller aus, daß in der letzten Generalversammlung gestellte Antrag, die Bekanntmachungen im „Volkswort“ nicht mehr zu veröffentlichen, nur mit schwacher Mehrheit angenommen worden sei. Die Versammlung lehnte den Antrag mit überwältigender Mehrheit ab. Stiefelzer behandelte einige Änderungsanträge zum Ortsstatut und empfahl deren Annahme. Die Versammlung beschloß demgemäß, in § 2 folgendes neu einzufügen: „Wählbar als Vertreter zur erweiterten Ortsverwaltung sind nur solche Kollegen, die am Tage der Wahl mindestens 1 Jahr Mitglied des Verbandes sind. Ferner sind für die Mitglieder der erweiterten Ortsverwaltung Stellvertreter zu wählen, die bei Verhinderung der ersteren an den erweiterten Ortsverwaltungsleitungen oder an den Generalversammlungen teilnehmen können.“ Absatz 1 in § 4 wird wie folgt geändert: „In Betrieben mit 5 bis 30 Mitgliedern gilt der Vorsitzende des Arbeiterrats resp. der Betriebsobmann als Vertreter zur Generalversammlung.“ Einstimmige Annahme fand ein Antrag der Ortsverwaltung, wonach aus den Mitteln der Lokalkasse an arbeitslose, durchreisende und kranke Kollegen besondere Unterstützungen gewährt werden sollen. — Am 9. Februar fand die Fortsetzung der Generalversammlung statt. Der Kassierer W. A. B. gab einige Erläuterungen zu dem gedruckten vorliegenden Rassenbericht. Die Einnahme der Lokalkasse betrug 452.065,61 M., Ausgabe 290.947,23 M., mithin Rassenbestand 161.118,38 M. An Unterstützung aus der Lokalkasse wurde gezahlt: an Streikende 60.274,35 M., an Ermahnte 2549,50 M., Kranke und Arbeitslose 16.927,85 M., bei Sterbefällen 6362,30 M. An arbeitslosen Metallarbeitern waren am 5. Februar 1921 in Hannover 431 Gelehrte und 150 Ungelernte vorhanden. Eine verkürzte Arbeitszeit von 31 bis 45 Stunden wöchentlich hatten 1498 in 10 Betrieben. Die Mitgliederzahl hat sich gegenüber dem 3. Quartal um 574 erhöht und betrug am Jahresabschluss 22.050. Außerdem ist eine seit 10 Jahren

bestehende Jugendabteilung von 650 Mitgliedern vorhanden, deren Weiterbildung durch belehrende Vorträge und Beschäftigungen seitens der Ortsverwaltung eifrig betrieben wird. Daraus erlittete der Bevollmächtigte Fenske den Jahresbericht. Das Organisationsverhältnis in der Verwaltungsstelle sei ein gutes, worauf die große Anzahl der Tarifabschlüsse besonders günstig einwirkte. Neben dem Kollektivvertrag für die Metallindustrie sind für eine ganze Reihe von Branchen Tarife abgeschlossen. Um alle Lohnbewegungen zu erleichtern, war eine außerordentliche Arbeitsleistung sowohl seitens der Ortsverwaltung wie aller Funktionäre erforderlich. Des Weiteren legten die Arbeitgeber den durchaus berechtigten Forderungen der Arbeiter den schwersten Widerstand entgegen. Auf die Betriebsratswahlen eingehend, hob Fenske hervor, daß nach Möglichkeit versucht wurde, die Betriebsratsmitglieder durch Teilnahme an den Kursen der Betriebsratschule weiterzubilden. Im allgemeinen könne gesagt und festgestellt werden, daß das Organisationsverhältnis der Hannoverischen Metallarbeiter ein gutes ist. Eine lebhaft Diskussion folgte dem Geschäftsbericht.

**Herborn (Dillkreis).** In der Generalversammlung gab Kollege Föllner den Bericht über seine Tätigkeit als Agitationsleiter des Dillkreises und Bevollmächtigter der Verwaltungsstelle Herborn. Er führte aus, daß die Gewerkschaften im Dillkreis bei Beginn des Berichtsjahres erst kaum ein Jahr in dem Umfang wie jetzt bestanden. Vertrauensleute waren in einzelnen Verwaltungsstellen wohl vorhanden, aber es fehlte an der notwendigen gegenseitigen Verbindung und Verständigung. Um alle die notwendigen Grundlagen zu schaffen, mußte erst ein Stützpunkt geschaffen werden. Zu diesem Zwecke wurden die Verwaltungsstellen Herborn, Merkenbach und Sinn verschmolzen. Das Vertrauensmännersystem wurde ausgebaut. Alle Verwaltungsstellen erhielten einen Vertrauensmännerkörper, der Sitzungen abhält und für den ganzen Dillkreis regelmäßig zusammenkommt. Für das Bildungswesen wurde gleichfalls die Grundlage geschaffen und eine Zentralbibliothek für den Dillkreis gegründet. Lohnbewegungen fanden 4 statt, die alle auf dem Wege der Verhandlung beigelegt wurden. Der Lohn für gelernte Lohnarbeiter über 24 Jahre betrug bei Beginn des Berichtsjahres 2,15 bis 2,35 M. pro Stunde und für Unfordarbeiter der Durchschnittsfindenverdienst 2,50 bis 3,50 M. und am Schluß des Jahres 6 bis 7 M. Die Rassenverhältnisse sind als gut zu bezeichnen. Die Lokalkassenbeiträge wurden in der 1. Klasse von 15 M. auf 1 M. pro Woche erhöht. Die Einnahmen für die Lokalkasse betragen 105.000 M., die Ausgaben mit nur 17.500 M. Rassenbestand gleichfalls 105.000 M. Unter den Ausgaben befinden sich 18.500 M. für den Geschäftsführer, 8000 M. für Büroaushilfe, 12.500 M. für Büroeinrichtung, 10.000 M. für Bibliothekszwecke und Bildungszwecke, 17.000 M. für Agitation usw., 3700 M. für Kartellbeiträge und 1800 M. für Unterstützungen, für Beitragsstiftung 10.500 M., für Schreibmaterial und Porto 5500 M. Die totalen Ausgaben sind im Berichtsjahr besonders hoch, weil die gesamte Büroeinrichtung für zwei Beamte neu angeschafft wurde. Des Weiteren sind die gesamten Sitzungen der Betriebsräte mit hohen Kosten verbunden. Aber den Bericht fand eine lebhaft Diskussion statt. Im allgemeinen erklärte man sich mit der Tätigkeit des Kollegen Föllner als Agitationsleiter und mit der Tätigkeit der Ortsverwaltung einverstanden. Kollege Föllner wurde einstimmig als Bevollmächtigter wiedergewählt. Kollege W. Kunz wurde als weiterer Beamter angestellt.

**Karlruhe.** Zur Generalversammlung füllten über 400 Delegierte den Saal. Der gedruckte Geschäftsbericht wurde vom Bevollmächtigten Kollegen Schulenburg ergänzt und hinterließ den Eindruck, daß die Verwaltung mit ihrem großen Stab von Funktionären, wozu auch die Betriebsräte zu rechnen sind, eine ungeheure Arbeitslast zu bewältigen hatte. Die Kämpfe um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen konnten mit Ausnahme von drei Fällen ohne ernste Maßnahmen erledigt werden. Mit allen Mitteln verfuhrte auch die Unternehmung, den Betriebsräten das bisherige Betriebsratsgesetz illusorisch zu machen, und zuweilen mußten energische Kämpfe geführt werden, um die gesetzlichen Rechte zu verteidigen. Als der Kollege Schulenburg den Funktionären, ebenso den Betriebsräten, im Namen der Verwaltung den Dank für ihre mühevollen Arbeit aussprach, kam zum Ausdruck, daß alle ihr Bestes eingesetzt haben, um die Interessen der Metallarbeiterchaft zu wahren. Nur ein Wunsch kam in der nachfolgenden Diskussion zum Ausdruck: Bildung und Auffklärung. Hier wird in Zukunft mehr getan werden müssen. Der Rassenbericht des Kollegen Hilschauer wurde nicht beanstandet und ihm auf Antrag des Kollegen Nies Entlassung erteilt. Der Rassenbericht der Ortsverwaltung wurde genehmigt, daß die Zusammenfassung der Ortsverwaltung eine Änderung erfahre, indem die Opposition einen Sitz verlange. Die Abstimmung ergab dennoch die Wiederwahl der alten Ortsverwaltung. Der Kandidat der Opposition bekam nur 40 Stimmen, während sein Gegenkandidat 353 Stimmen erhielt. Über den dritten Punkt: Betriebsratswahlen referierte Kollege Kluge. Er legte namens der eingeleiteten Wahlkommission eine Entscheidung vor, die gegen 5 Stimmen angenommen wurde und die besagt, daß die Wahlen einheitlich und geschlossen nach den Grundsätzen der freien Gewerkschaften vorgenommen werden müssen. Es darf nur eine Liste aufgestellt werden und sind die Mitglieder verpflichtet, sich diesen Beschlüssen zu unterwerfen. Zur besseren Orientierung sollen die gewerkschaftlichen Bestimmungen wie auch die gesetzlichen Vorschriften in Broschürenform den Betriebsräten und Wahlvorständen zugänglich gemacht werden. Unter dem eingegangenen Anträgen befand sich auch der Antrag, den „Offenen Brief“ der A.D.G.B. zu behandeln. Die Beschlüsse des „Offenen Briefes“ nahmen keine Veranlassung, den Antrag zu begründen, und wurde der Geschäftsordnungsantrag: Übergang zur Tagesordnung gegen 5 Stimmen angenommen. Eine Entscheidung, die gegen die fälschlichen Angriffe auf den Kollegen Dismann in der Frankfurter Versammlung protestiert und dem Kollegen Dismann das unbegrenzte Vertrauen ausdrückt, wurde gegen 13 Stimmen angenommen.

**Königsberg.** In einer Vollversammlung der Betriebsräte für die Metallindustrie referierte Kollege Schulz über die wirtschaftliche Lage und die Aufgaben der Betriebsräte. Die Diskussion war eine sehr lebhaft und wurde von einem Kollegen eine Resolution eingebracht, welche sich auf den Boden des Offenen Briefes der A.D.G.B. stellt. Die Resolution wurde gegen 11 Stimmen abgelehnt. Unter Verschiedenes wurde von einer Reihe von Rednern beflagt, daß in sehr vielen Betrieben, besonders Kleinbetrieben, die Lehrlingszüchtung in schöner Blüte stehe. Es kommt sogar vor, daß in einzelnen Kleinbetrieben 20 bis 25 Lehrlinge beschäftigt würden, wo kaum ein Geselle vorhanden ist. Die Begabung der Lehrlinge wäre sehr gering, ja man machte es den Jungen schmackhaft, in Arbeit zu arbeiten. Man forberte von der Verwaltung, daß sie sich der Lehrlinge annehmen sollte. Weiter wurde gefordert, man solle die Eltern darauf aufmerksam machen, sich vorher mit der Organisation zu verständigen.

**Wald.** Vertreterversammlung unterer Verwaltungsstelle. Die vom 4. Quartal 1920 gegebene Abrechnung in der Vertretergeneralversammlung sowie die Gesamtabrechnung vom Jahre 1920 zeigte in ihren einzelnen Abschnitten, welche umfassende Tätigkeit durch die Organisationsverwaltung zu bewältigen war. Die Kreisverwaltungsstelle zählte am Jahresabschluss noch 8465 Mitglieder. Ritzenbach und dessen Dinterland war im Laufe des Jahres mit 1507 Mitgliedern abgeschlossen worden. Aus praktischen Gesichtspunkten wurde dort eine eigene Verwaltung errichtet. Der den Vertrauensleuten eingehändigte gedruckte Geschäftsbericht wurde mündlich erläutert und ergänzt. Von kommunistischer Seite zeigten sich einige Jünger dieser schon so alten Denkrichtung. Mit Experimenten, besonders auf gewerkschaftsorganisatorischem Gebiet, mißten sich die Jünger dieser alten, gelegentlich in neuem Kleide erscheinenden Richtung. Ein Beginnen, das, wenn die deutsche Arbeiterchaft dazu fähig wäre, einen riesigen Schaden immer noch zum Ziel. Von dieser Auffassung war auch die Verwaltung besetzt. Kommunistischen Führern Reim... die zu-

meß das, was das Wort „Kommunist“ sagen will, im Grunde ihres Herzens gar nicht sind, war absolut nicht zu spüren. Der Austritt des Hauptvorstandes, den mühevoll aufgerichteten Bau unserer Gewerkschaftsorganisation vor der zerstörenden kommunistischen Wühlarbeit und Spieleserei zu schützen, wurde vollkommen gelassen. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: „Die heute im „Goldenen Flug“ tagende Kreisvertrauensmännerversammlung erklärt sich mit dem Austritt des Vorstandes völlig einverstanden und verpflichtet sich, in diesem Sinne zum Wohle der Gesamtkollegenchaft zu wirken.“ Bei der Neuwahl der Verwaltung wurden in geheimer Wahl die jetzigen die Geschäfte der Organisation führenden Kollegen restlos wiedergewählt. Eingehend wurde die Lohnbewegung besprochen, die zurzeit mit den Metallindustriellen von Wald-Bliesbaden und Umgegend ausgetragen wird. Einmütiger Geist beherrschte auch darin die versammelten Vertreter aus den Betrieben.

**Neunkirchen (Saar).** Die feindlichen Brüder. Seit dem Tode unseres Kollegen und Vertrauensmannes Johann Bauer spielen sich in Neunkirchen interessante Gausagattionen ab. In Bezirke eingeteilt, gehen sie, die sogenannten „Trabantinnen in Christo“ vom Gesellenverein, den Frauen auf „die Bauer“. Wo sie wissen, daß der Mann oder die Söhne noch Staatskatholiken und nicht christlich organisiert sind, bearbeiten sie in Abwesenheit des Mannes und der Söhne die Frauen und suchen so ihre Mitgliederflucht zu bannen. Manches Mitgliedsbuch wird aus Untergrund der Frauen den „Brüdern in Christo“ ausgeliefert. Dabei werden die ungläubigsten Schauermärchen erzählt. Manche Familienstreit wird dadurch in die stille Häuslichkeit getragen. Den Frauen sucht man vorzugewöhnen, daß der, der einer freien Gewerkschaft angehört, wie ein Tier stirbt und nicht durch die Kirche heerbegraben wird. Ist das „christliche Nächstenliebe“? Wenn sie durch diese schmutzige Agitation einige Schäflein zu retten glaubten, so wurde ihnen auch manche Abfuhr zuteil und selbst Übertritte zum D.M.-B. sind trotz dieser Terrorisierung keine Seltenheiten. Das „Bäckerische Augenlohn“, das durch seine großen „Wahrheitsseime“ das Saargebiet nach erfolgreichem „Kriegskampf“ verlassen mußte, dessen Früchte wir kürzlich im oberbergischen Industriegebiet reifen sahen, findet immer noch ernste Ablehner. Sie fürchten den D.M.-B. wie der Teufel das Weihwasser und verstehen es, mit dem Weiblein der Religion zu terrorisieren, um später, wenn die „Ständentriebe des christlichen Gedankens“ zurechtweisen, sagen zu können: Seht die religionsfeindlichen sozialdemokratischen Gewerkschaften. Die Arbeiterchaft Neunkirchens wird sich aber von allem „Gesellenterrorismus“ der „Brüder in Christo“ freimachen. Sie weiß, daß sie nur aus den Krallen der Kapitalisten und deren Trabanten befreit werden kann, wenn sie wirtschaftlich dem D.M.-B. angehört. Die geistlichen Arbeiter vom Weinberge des Herrn sind Laien in der Gewerkschaftsbewegung und versuchen deshalb, dem praktischen Arbeiter das Wirken in den Organisationen zu vereiteln, um die saarabische Arbeiterchaft wieder in Hundesdemut zu schlagen. Die Unternehmer sind auf dem besten Wege dazu, was die Kündigung des Tarifs beweist.

**Schwemmlingen (Schwarzwald).** In der Jahresgeneralversammlung erläuterte Kollege Seyler den gedruckten vorliegenden Geschäftsbericht, aus dem zu entnehmen war, daß sich die junge Organisation nach und nach stabilisiert habe. Die Mitgliederzahl konnte von 4605 auf 4902 gesteigert werden. Ferner wurde konstatiert, daß zwischen der Ortsverwaltung, den Vertrauensleuten und der Geschäftsleitung ein gutes Einvernehmen herrschte. Speziell die Vertrauensleute haben dazu beigetragen, daß der Mitgliederstand geboten werden konnte, trotz der Beitragserhöhungen im letzten Jahre. Den Rassenbericht erläuterte Kollege Saile. Auch hier ist eine erfreuliche Aufwärtsentwicklung zu verzeichnen. Für die Hauptklasse wurden 365.352,15 M. eingenommen und davon nur 94.524,94 M. verausgabt. Mithin konnten 256.500 M. an die Hauptklasse eingezahlt werden. Das Lokalkassenvermögen vermehrte sich von 21.334,32 M. auf 77.823,68 M., trotz der hohen Ausgaben für Vergrößerung und Einrichtung des Büros. In der Diskussion wurde gegen den Geschäftsbericht nichts Wesentliches vorgebracht. Dagegen kritisierten einige Redner der A.D.G.B. das Verhalten des Vorstandes und erweiterten Beirates. Eine Resolution, die sich gegen die Beschlüsse desselben wendet, fand jedoch keine Mehrheit in der Generalversammlung. Der Bevollmächtigte Seyler und der Kassierer Saile wurden durch Handaufheben wiedergewählt. Die Wahl der übrigen Verwaltungsmittelglieder erfolgte geheim. Es wurden 4 Kollegen von der A.D.G.B. und 4 auf dem Boden der Beschlüsse des erweiterten Beirats stehende Kollegen gewählt. Kollege Seyler wies zum Schluß auf die angesichts der kommenden Kämpfe dringend notwendige Einheit der Gewerkschaftsbewegung hin und schloß dann die Generalversammlung.

**Suhl.** In der Generalversammlung gab zuerst der Kassierer Anshütz den Rassenbericht. Aus demselben ist hervorzuheben, daß die Hauptklasse in Einnahme und Ausgabe mit 156.827,05 M. bilanziert. Die Einnahmen und Ausgaben der Lokalkasse bilanzieren mit 117.111,47 M. Rassenbestand am Schluß des 4. Quartals 34.823,16 M. Der Kollege Sonnenburg gab die Tätigkeit der Verwaltungsbeamten bekannt und eruchte zum Schluß seiner Ausführungen die anwesenden Kollegen, Anteil zu üben an der Tätigkeit. Trotz mehrmaliger Aufforderung des Bevollmächtigten wurde keine Kritik an der Tätigkeit der Angestellten geübt. Demnach haben dieselben ihre Pflicht und Schuldigkeit getan. Den Bericht von der Sitzung des erweiterten Beirates erstattete Kollege Reichardt in circa 1/2stündigen Ausführungen. Derselbe versuchte an Hand reichhaltigen Materials der Versammlung auseinanderzusetzen, warum der erweiterte Beirat vom 13. bis 15. Januar die bekanntesten schwerwiegendsten Beschlüsse gefaßt hat. Es war dem Berichterstatter oft nicht möglich, sich Gehör zu verschaffen. In der Diskussion machte zunächst Kollege Heym (Redakteur des „Volkswort“) besonders beachtenswerte Ausführungen, indem derselbe die Haltung des Berichterstatters heftig kritisierte und betonte, daß Statut des Verbandes keine eigentliche gar nicht mehr in Frage. (Ein flüchtiger Redakteur.) Es wurde dann eine Resolution eingebracht, welche sich mit den Beschlüssen des erweiterten Beirates nicht einverstanden erklärt und dem erweiterten Beirat seine schärfste Mißbilligung ausdrückt. Ein Antrag auf Schluß der Debatte fand Annahme. Die Resolution wurde, trotzdem ein Kollege beantragte, wannals eine Aussprache stattfinden zu lassen, weil die Situation noch nicht geklärt ist, vor Erteilung des Schlußwortes an den Berichterstatter gegen wenige Stimmen bei Stimmenthaltung eines großen Teiles der Mitglieder angenommen. Hierauf verzichtete mit Recht Kollege Reichardt auf das Schlußwort. Zu bemerken ist noch: Als Kollege Weiss (Heldersbach) bemerkte, daß doch in dieser Frage erst Klarheit geschaffen werden müßte, der Schriftführer bemerken wurde, „man habe doch alles in der Metallarbeiter-Zeitung gelesen.“ Zu welchem Zweck stand dann der Bericht auf der Tagesordnung? (Zur Wahlhemagogie.) Die Wahl der Geschäftsführer endete mit einem Sieg der Kommunisten. Die beiden Geschäftsführer Sonnenburg und Anshütz wurden mit großer Majorität gewählt, während Kollege Reichardt, welcher sich nicht als Mitglied der kommunistischen Partei bekannte, nur 54 Stimmen auf sich vereinnigte. Der Schluß der Ortsverwaltung, zwei Delegierte zum Sonderkongress nach Berlin zu entsenden, wurde gegen wenige Stimmen angenommen und zwei Kollegen (Döfer und Höhner) zu diesem Kongress delegiert. Eine Resolution, welche gegen das Weimarer Schwurgerichtsurteil eingebracht wurde, fand einstimmige Annahme.

**Wurzen.** In einer Generalversammlung wurde der Kollege Köhler (Wurzen) zum Kassierer gewählt. Unter Punkt Verbandsangelegenheiten lag ein Antrag vor mit folgendem Wortlaut: „Die Ortsverwaltung wird beauftragt, in nächster Zeit eine Mitgliederversammlung mit dem Thema: Wollen die Kommunisten die Fortführung der Gewerkschaften? abzuhalten, wozu ein Genosse von der A.D.G.B. das Referat hält.“ Nach kurzer Begründung des Antragstellers geht der Kollege Schreiber auf die wahren Ursachen des Antrages ein, indem er darauf verweist, daß es sich hier um einen planmäßigen Vorstoß der Kommunisten zugunsten der 3. Gewerkschaftsinternationale handle. Um die Einheit der Organisation nicht zu gefährden, empfehle er die Ablehnung des Antrages Raumann. Gegen 4 Stimmen erfolgte die Ablehnung des Antrages.

